

12. Sitzung

am Mittwoch, dem 2. Juni 2004

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	341
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	341

Fragestunde

1. Bremer Shakespeare Company

Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 25. Mai 2004	341
--	-----

2. Kinderspiel auf Schulhöfen unerwünscht?

Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bünd- nis 90/Die Grünen vom 25. Mai 2004	345
---	-----

3. Ersatzhalle für Turnverein Grohn

Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Mai 2004	346
---	-----

5. Datenschutz bei Fahrgastkontrollen

Anfrage der Abgeordneten Frau Peters-Rehwinkel, Grotheer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 26. Mai 2004	348
---	-----

Aktuelle Stunde

Westerweiterung des Technologieparks stoppen

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	350
Abg. Frau Winther (CDU)	351
Abg. Dr. Sieling (SPD)	353
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	355
Abg. Frau Winther (CDU)	356
Bürgermeister Perschau	356

Die Bewerbung Bremens als Kulturhauptstadt Europas 2010

Mitteilung des Senats vom 25. Mai 2004
(Drucksache 16/114 S)

Abg. Dr. Schrörs (CDU)	359
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	361
Abg. Frau Emigholz (SPD)	363
Bürgermeister Perschau	365

**Vorhaben- und Erschließungsplan 20 mit Deckblatt
(vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Hotels auf dem
Gelände der Galopprennbahn Vahr in Bremen-Sebaldsbrück**

Mitteilung des Senats vom 20. April 2004
(Drucksache 16/90 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	367
Abg. Focke (CDU)	367
Abg. Dr. Sieling (SPD)	368
Abstimmung	369

**Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2005, 2006,
2007 und 2008**

Mitteilung des Senats vom 27. April 2004
(Drucksache 16/92 S) 369

**Verstärkte Verkehrssicherheit und Energieeinsparungen durch effizientere Straßen-
beleuchtung**

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 28. April 2004
(Drucksache 16/96 S)

Abg. Frau Ahrens (CDU)	369
Abg. Dr. Schuster (SPD)	371
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	372
Senator Eckhoff	372
Abstimmung	373

**Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001**

**59. Änderung
Bremen-Woltmershausen (Dötlinger Straße)**

Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/101 S)

**Bebauungsplan 2116
für das Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen
Dötlinger Straße,
Woltmershauser Straße,
Alter Schutzdeich (einschließlich),
Hempenweg (zum Teil einschließlich) und
Auf dem Bohnenkamp**
Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/102 S) 373

**Vorhaben- und Erschließungsplan 26 mit Deckblatt
(vorhabenbezogener Bebauungsplan)
für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Neustadt, auf dem Eck-
grundstück zwischen Neustadtscontrescarpe und Hermannstraße**
Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/103 S) 374

**Vorhaben- und Erschließungsplan 27 mit Deckblatt
(vorhabenbezogener Bebauungsplan)
für die Errichtung eines Bürogebäudes an der Schwachhauser Heerstraße 266 B
und 268 in Bremen-Horn-Lehe**
Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/104 S) 374

**Bebauungsplan 1885 mit zwei Deckblättern
für ein Gebiet in Bremen-Strom nördlich der Stromer Landstraße, beidseitig Stell-
feldsweg**
Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/105 S) 374

**Bebauungsplan 2216 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Schwachhausen
zwischen Schwachhauser Heerstraße, Schwachhauser Ring, Georg-Gröning-
Straße (einschließlich) und Donandtstraße (einschließlich)**
Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/106 S) 374

**Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 147. Ortsgesetzes
über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Grundstück
Arsterdamm 94 A**
Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/107 S) 374

150. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Flurstück 48/38 (Paul-Feller-Straße 24)
 Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
 (Drucksache 16/108 S) 375

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 16 vom 11. Mai 2004
 (Drucksache 16/109 S) 375

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 17 vom 25. Mai 2004
 (Drucksache 16/113 S) 375

Ortsgesetz zur Änderung der Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen
 Mitteilung des Senats vom 18. Mai 2004
 (Drucksache 16/110 S) 375

Ortsgesetz zur Aufhebung des Bremischen Ortsgesetzes zum Bremer Baubetrieb und Ortsgesetz zur Aufhebung des Bremischen Ortsgesetzes zum Eigenbetrieb Baudienstleistungen Bremen
 Mitteilung des Senats vom 18. Mai 2004
 (Drucksache 16/111 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 375
 Abg. Frau Kummer (SPD) 377
 Abg. Focke (CDU) 378
 Senator Eckhoff 378
 Abstimmung 380

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Dr. Güldner, Jägers, Frau Prinz, Frau Schmidtke.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens Vizepräsidentin Dr. Trüpel		Schriftführerin Arnold-Cramer Schriftführerin Hannken
--	--	--

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Wirtschaft und Häfen
und für Kultur

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Senator für Inneres und Sport **Röwekamp** (CDU)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Staatsrätin **Motschmann** (Senator für Kultur)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die zwölfte Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe von Auszubildenden im zweiten Ausbildungsjahr zum Elektriker vom Technischen Bildungszentrum Mitte sowie Schüler und Schülerinnen aus verschiedenen zehnten Hauptschulklassen vom Schulzentrum Helgoländer Straße. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Bürgerservice in den Stadtteilen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 28. Mai 2004
(Drucksache 16/118 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Sitzung am 29. Juni 2004.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Entwicklung des Gewerbeparks Hansa-Linie
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 27. April 2004
Dazu
Antwort des Senats vom 18. Mai 2004
(Drucksache 16/112 S)
2. Technologiepark
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 6. Mai 2004
Dazu
Antwort des Senats vom 25. Mai 2004
(Drucksache 16/117 S)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunkts drei, hierbei handelt es sich um das Vergabeverfahren bei der Erweiterung und Modernisierung der Stadthalle und beim Neubau des Foyers, des Tagesordnungspunkts vier, hier handelt es sich um das Vergabeverfahren beim Bau von Halle 7, des Tagesordnungspunkts fünf, Wirtschaftlichkeit von Halle 7, und des Tagesordnungspunkts neun, hierbei handelt es sich um die Gründung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur, des Weiteren zur Verbindung des Tagesordnungspunkts zehn, Flächennutzungsplan Bremen, mit Tagesord-

nungspunkt elf, Bebauungsplan 2116, und des Tagesordnungspunkts 18 mit außerhalb der Tagesordnung, hierbei handelt es sich um die Petitionsberichte Nummer 16 und Nummer 17. Zudem wurde vereinbart, den Punkt außerhalb der Tagesordnung, die Bewerbung Bremens als Kulturhauptstadt Europas 2010, heute nach der aktuellen Stunde aufzurufen.

Meine Damen und Herren, wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen Ihnen fünf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Bremer Shakespeare Company**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rohmeyer, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Inwieweit beabsichtigt der Senat, die überaus erfolgreich arbeitende Bremer Shakespeare Company von ihrem angestammten Platz in der Bremer Neustadt weg an einem anderen Standort anzusiedeln?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Staatsrätin Motschmann.

Staatsrätin Motschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat beabsichtigt derzeit keinen Standortwechsel der überregional und international renommierten Bremer Shakespeare Company. Der Standort am Leibnizplatz hat sich bewährt. Die Shakespeare Company selbst hat sich wie auch die Zuschauer mit dem Ort in hohem Maße identifiziert und befürchtet, dass ein Standortwechsel zu Einschränkungen an Zuschauerbindung und damit

zu einem Zuschauerrückgang und zu einem Imageverlust führen könnte. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Staatsrätin, teilen Sie meine Auffassung, dass mit dieser Antwort die Gerüchte beendet werden können, wonach die Bremer Shakespeare Company um ihren angestammten Standort bangen musste, was auch zu Irritationen bei der Bremer Shakespeare Company geführt hat?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Zunächst teile ich Ihre Auffassung. Der Senat beabsichtigt nicht - und der Kultursenator schon gar nicht - einen Standortwechsel aus den genannten Gründen. Man kann das der Shakespeare Company aus kulturpolitischen Gründen nicht wünschen.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Vielen Dank!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Hövelmann? - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Frau Staatsrätin, vorab eine Bemerkung! Ich teile Ihre Auffassung und die Auffassung des Senats, dass die Shakespeare Company überaus erfolgreich ist und für Bremen einen sehr hohen Stellenwert hat. Soweit meine Vorbemerkung, jetzt meine Frage!

Ist Ihnen die Änderungskündigung bekannt, die vom Bildungssenator fristgemäß ausgesprochen worden ist und die das Ziel hat, eine Doppelnutzung der räumlichen Ressourcen herbeizuführen, das heißt eine Doppelnutzung zwischen Shakespeare Company und der, Kollege Rohmeyer, überaus erfolgreich arbeitenden Integrierten Stadtteilschule am Leibnizplatz? Ist Ihnen das Schreiben bekannt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Frau Abgeordnete, ich habe soeben vor dieser Bürgerschaftssitzung mit Vertretern der Shakespeare Company gesprochen, die mir von der Änderungskündigung berichtet haben, aber, so ihre Aussage, sie noch nicht eingegangen ist, so dass, solange sie noch nicht eingegangen ist, diese Änderungskündigung auch noch nicht amtlich ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Teilen Sie meine Auffassung, Frau Staatsrätin, wenn diese Änderungskündigung - ich habe eine Kopie vor mindestens eineinhalb Wochen gesehen - abgeschickt worden ist, dass es eine Frage des Postwegs ist, wenn das bei der Shakespeare Company noch nicht angekommen ist, dass das aber keinen Einfluss auf die Wirksamkeit dieser Änderungskündigung haben darf? Teilen Sie diese Auffassung?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Frau Abgeordnete, zu Postwegen kann ich Ihnen leider auch keine Auskunft geben. Wenn ich diese Änderungskündigung schriftlich vorliegen habe, dann werden wir zu bewerten haben, welche Konsequenzen und Folgen das für die Shakespeare Company haben wird. Sie dürfen davon ausgehen, dass das Kulturressort immer sehr bereit ist, auch andere Probleme und Nutzungen zu berücksichtigen. Trotzdem sage ich, dass ich es aus kulturpolitischer Sicht nicht wünschen kann, dass wir die Shakespeare Company in ihrer Arbeit einschränken.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Dann frage ich jetzt den Senat: Ist diese Änderungskündigung abgeschickt, denn unterschrieben ist sie von einem Mitglied des Senats?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Da müssen wir den zuständigen Senator fragen. Ich kann ja nur das sagen, was ich unmittelbar vor dieser Sitzung gehört habe, dass diese Änderungskündigung noch nicht amtlich ist, wie auch immer. Da müssten Sie dann aber bitte mit dem Bildungssenator sprechen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Gern!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Eine letzte Frage! Frau Staatsrätin, können Sie mir bitte erklären, inwieweit eine Doppelnutzung einer kommerziellen Kneipe, und zwar eine Doppelnutzung nicht am Abend, sondern am Mittag, wenn die sowieso leer steht, eine Beeinträchtigung für die Shakespeare Company darstellen würde, denn diese Doppelnutzung soll ja als Mensanutzung für die Integrierte Stadtteilschule am Leibnizplatz dienen? Warum ist das eine Einschränkung?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Frau Abgeordnete, zunächst einmal würde ich bewerten, dass eine Kneipe nicht der geeignete Ort für Schüler ist. Punkt eins!

(Beifall bei der CDU)

Als Mensanutzung ist diese Kneipe nicht geeignet. Wenn Sie die Küche kennen, werden Sie das sehr schnell erkennen, dass die Voraussetzungen für eine Mensanutzung einer Schule nicht gegeben sind, es sei denn, Sie machen grundsätzliche Umbauten und versuchen, eine Kernsanierung zu veranlassen, dann können Sie das vielleicht hinkommen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Quatsch!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Können Sie uns bitte zu nächster Gelegenheit vorlegen, wie viele Essen abends in dieser Kneipe/Gaststätte - ich habe extra den Begriff Kneipe benutzt, um sozusagen auch diese Kulturnähe zu schildern - durchschnittlich über den Tisch gehen und einen Bericht über die Kapazität der Küche geben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Selbstverständlich können wir Ihnen diese Auskunft geben, aber Sie werden verstehen, dass ich sie hier nicht aus dem Stand sagen kann, weil ich über die Frequenz der Nutzung von Kneipen in Kultureinrichtungen nicht alle Details präsent haben kann.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Selbstverständlich!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Wobei da durchaus Großveranstaltungen stattfinden, wie Sie ja selbst auch wissen, Frau Staatsrätin!

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Selbstverständlich!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Schwarz! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Als ich mich hier hingestellt habe, wusste ich nur durch die Frage meiner Kollegin, dass eine Änderungskündigung aus-

gesprochen worden ist. Kann es richtig sein, dass die Änderungskündigung nur das Lokal betrifft, oder betrifft die Änderungskündigung noch weitere Räume, die zurzeit von der Shakespeare Company genutzt werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Soviel ich verstanden habe, betrifft die Änderungskündigung insbesondere das Lokal oder nur das Lokal, und darüber wird zu reden sein.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Wiedemeyer! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Frau Staatsrätin, ich habe vernommen, dass der Senat sich entschieden hat, dass die Shakespeare Company somit dauerhaft an diesem Standort bleibt. Können Sie mir versprechen oder zusagen, dass wir dann bei den Haushaltsberatungen im Sinne von Klarheit und Wahrheit auch haushaltsstellengerecht die damit verbundenen Bewirtschaftungskosten und auch die Einnahmen dahin buchen, wo sie hingehören?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Zunächst einmal hat der Senat Auskunft gegeben wie folgt: Der Senat beabsichtigt derzeit keinen Standortwechsel. Das heißt noch nicht zwanghaft für alle Zeiten, wie Sie es jetzt gesagt haben. Dennoch hoffe ich, dass es dauerhaft sein wird. Punkt eins!

Punkt zwei: Über die Änderungskündigung, das habe ich eben gesagt, wird zu reden sein. Wenn da zusätzlich Kosten für das Kulturressort entstehen, dann kennen Sie, Frau Abgeordnete, die Finanzen und den Etateckwert des Kulturressorts sehr genau und wissen, dass uns jede zusätzliche Belastung drückt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Können Sie mir sagen, wie hoch die Kosten sind, die dort entstehen, und können Sie mir sagen, welche Regelung es aus der Vergangenheit gegeben hat, weil es ja irgendeinen historischen Ursprung haben muss, dass die Shakespeare Company da ist und das Bildungsressort noch die Kosten trägt? Können Sie mir darüber Auskunft geben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Es sind 44.000 Euro per anno im Gespräch. Wenn eine Änderungskündigung in Kraft tritt, hieße das, für das Jahr 2005, wenn ab dem 1. Juli 2005 diese Regelung in Kraft treten würde, würden auf das Kulturressort 22.000 Euro im Jahr 2005 zukommen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: 44.000!)

Ja, 44.000 Euro im ganzen Jahr, aber ab dem 1. Juli ist es ein halbes Jahr, das heißt, wir würden in diesem Doppelhaushalt zusätzlich mit 22.000 Euro belastet!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Stimmen Sie denn mit mir überein, dass es sinnvoll wäre, jetzt zu den Haushaltsberatungen 2004/2005 im Sinne der Haushaltstransparenz diese Haushaltsstelle dann auch bei dem entsprechenden Ressort mit den entsprechenden Mitteln zu führen?

(Abg. Kastendiek [CDU]: Die Eckwerte verschieben wir dann aber auch! - Abg. Pietrzok [SPD]: Wir fragen den Gesamtsenat!)

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Eine Eckwerterhöhung nehmen wir immer gern an, Frau Abgeordnete!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir dieser Frage in den Haushaltsberatungen nachgehen werden und dass wir auch darum bitten werden, uns eine Ist-Kosten-Berechnung vorzulegen, so dass wir auch genau nachvollziehen können, welche Kosten dort für die Nutzung der Räume durch die Shakespeare Company entstehen und welche Kosten und Einnahmen durch die Nutzung der Gastronomie entstehen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Rohmeyer! - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Staatsrätin, um hier etwas Klarheit hineinzubringen und um die Fragen, die vielleicht in eine zu schaffende Deputation für das Kneipenwesen gehören würden, hier abzuarbeiten: Dem Senat ist in der Senatsberatung gestern von dem Senator für Bildung nicht zur Kenntnis gegeben worden, dass der Senator für Bildung hier eine Änderungskündigung abgeschickt hat? Ist das richtig?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Dem Senat lag die Beantwortung der Frage zur Bremer Shakespeare Company vor. Diese ist abgestimmt worden. Darüber hinaus hat es keine Debatten im Senat gegeben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Staatsrätin, sind Sie mit mir der Auffassung, dass es genau solche Fragen sein könnten, die die Gerüchte, die zur Unsicherheit bei der Shakespeare Company geführt haben, in den letzten Wochen genährt haben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Ich kann Ihnen da zustimmen, Herr Abgeordneter.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Habe ich es recht verstanden, dass die von Ihnen verlesene Antwort über einen derzeit nicht beabsichtigten Standortwechsel gestern vom Senat beschlossen wurde?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Richtig!

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Danke!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Schwarz! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Frau Staatsrätin, ich teile Ihre Ansicht, dass diese Standortfrage für die Shakespeare Company von existenzieller Bedeutung ist, aber Sie haben auch einschränkend geäußert, dass das keine Prognose für die Zukunft sein muss. Wenn jetzt Planungen bestehen sollten, in Zukunft doch eine Standortfrage zu diskutieren, ist sichergestellt, dass der Vorstand der Shakespeare Company dann rechtzeitig informiert und beteiligt wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Das ist sicherzustellen. Ich sage aber auch, wenn der Senat sagt, derzeit kein Standortwechsel, dann können wir keine Vorlage im Senat für alle Ewigkeit beschließen. Trotzdem betone ich noch einmal, ich kann es der Shakespeare Company nicht wünschen, weil es eine hohe Identifikation mit dem Ort und

der Company in einem Wechselspiel gibt. Es wäre nicht gut und nicht glücklich, wenn man sie verlagern würde. Selbst wenn der neue Platz ein technisch besserer wäre, hieße das unter Umständen, dass es Irritationen auch bei den Zuschauern gibt und dadurch Zuschauerrückgänge, dadurch Einnahmeverluste. Dafür können wir als Kulturressort niemals geradestehen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Ich wollte nur noch einmal die Frage wiederholen: Ist denn sichergestellt, wenn Umzugspläne entstehen, dass dann der Vorstand der Shakespeare Company rechtzeitig informiert und beteiligt wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Diese Frage müsste man an den Bildungssenator stellen, denn von uns aus, vom Kulturressort, gibt es keine Umzugspläne für die Shakespeare Company. Wenn es eine andere Nutzung der Räume geben sollte, wenn die Schulnutzung nötig werden würde - alles im Konjunktiv -, dann wird der Bildungssenator, davon bin ich fest überzeugt, weil das Verhältnis der Ressorts zueinander gut ist, uns rechtzeitig informieren, und wir würden dann auch mit der Shakespeare Company entsprechend die Verhandlungen aufnehmen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Hövelmann! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Frau Staatsrätin, interpretiere ich Ihre Äußerung richtig, wenn ich sie so interpretiere, dass Sie der Meinung sind oder empfehlen, dass ein Anbau respektive Neubau auf dem Gelände errichtet werden sollte, um der Schule entgegenzukommen, und eine Ganztagschule in dieser überaus erfolgreichen Schule einzurichten, der erfolgreichsten Schule Bremens anwahlmäßig übrigens, dass wir hier einen Anbau machen sollten und dann Geld in die Hand nehmen und diesen Weg gehen sollten? Ist das eine richtige Interpretation?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Frau Abgeordnete, ich bin nicht zuständig für das Bildungsressort, sondern für das Kulturressort und bin deshalb nicht befugt,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Aber wir fragen den Senat!)

hier Auskünfte zu geben über bildungspolitische Planungen. Das werde ich auch nicht tun. Ich kann nur kulturpolitisch immer wieder betonen, dass wir keinerlei Interesse daran haben, die Shakespeare Company zu verlagern.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Danke, nein!)

Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Rohmeyer! - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Staatsrätin, ist Ihnen ein Beschluss bekannt, wonach die Integrierte Stadtteilschule am Leibnizplatz Ganztagschule werden soll?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Motschmann: Mir ist kein Beschluss bekannt, sondern mir sind lediglich diesbezügliche Vorstellungen und Ideen bekannt, aber dass es dazu schon Beschlüsse gäbe, ist mir nicht bekannt.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Eine Bemerkung zum Abschluss, Herr Präsident! Einen solchen Beschluss gibt es nicht, von daher ist die Frage auch entsprechend so nicht zu stellen, wie von meiner Kollegin gefragt wurde. Vielen Dank!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Kinderspiel auf Schulhöfen unerwünscht?**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Bedeutung von Kinderspiel auf Schulhöfen in der unterrichtsfreien Zeit in Anbetracht der Tatsache, dass gerade in den eng bebauten Stadtteilen Bremens ein Mangel an Spielplätzen besteht?

Zweitens: In welcher Höhe sind Gelder in den Bildungshaushalten der Jahre 2001 und 2002 veranschlagt, die die Kosten für den Aufwand der Hausmeister und Hausmeisterinnen abdecken, die im Zusammenhang mit dem Öffnen der Schulhöfe entstehen?

Drittens: Wie beurteilt der Senat Überlegungen im Bildungsressort, diese Hausmeisterkosten nicht mehr durch den Bildungshaushalt abzudecken, sondern auf andere Ressorts zu übertragen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Um der Bedeutung von Kinderspiel auf Schulhöfen Rechnung zu tragen, haben die Bremische Bürgerschaft - Stadtbürgerschaft - und der Senat bereits im Januar 1973 beschlossen, die Pausenhöfe der Schulen als Spielplätze in der unterrichtsfreien Zeit freizugeben. Diese generelle Regelung schließt selbstverständlich die Pausenhöfe in den eng bebauten Stadtteilen Bremens ein, bei denen ein Mangel an Spielplätzen besteht. Dabei ist die Umgestaltung der Schulhöfe zu interessanten Aufenthaltsflächen durch den Senator für Bildung und Wissenschaft in der Vergangenheit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten vielfältig unterstützt worden. Entsprechende Projekte der Pausenhofgestaltung sind ebenso durch Mittel der Beiräte, der Stiftung „Wohnliche Stadt“ und Wohnen in der Nachbarschaft realisiert worden.

Zu Frage zwei: In den Haushalten 2001 und 2002 gab es keine gesonderte Veranschlagung der Kosten für einen Schließdienst. Die Durchführung von Schließdiensten, einschließlich der Pausenhöfe, gehört zu den Regelaufgaben der Hausmeister und Hausmeisterinnen.

Zu Frage drei: Es bestehen keine Überlegungen des Bildungsressorts, Kosten für den Schließdienst der Pausenhöfe auf andere Ressorts zu übertragen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie beabsichtigen nicht, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Änderungen herbeizuführen und diese Kosten auf das Sozialressort zu übertragen und dann die Mittel, die in Ihrem Haushalt eingestellt waren bisher - Sie haben jetzt gesagt, das wird nicht gesondert aufgeführt -, dann auch dahin zu übertragen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das haben Sie richtig interpretiert! Ich habe es ja vorgelesen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Das gilt auch für die Stadtteile, die nicht als eng bebaute Stadtteile gelten, sondern wo es auch weitere Spielplätze und Spielflächen gibt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: So ist unsere Position.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Ersatzhalle für Turnverein Grohn**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat das Angebot des TV Grohn für den Stadtteil, und wie wird sichergestellt, dass der Turnverein seine sportlichen Aktivitäten weiterhin in unmittelbarer Erreichbarkeit für die Kinder und Jugendlichen durchführen kann?

Zweitens: Welche Ersatzhalle wird dem TV Grohn für die nach den Ferien nicht mehr zur Verfügung stehende Sporthalle am Schulstandort Friedrich-Humbert-Straße zur Nutzung künftig angeboten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. vom Bruch.

Staatsrat Dr. vom Bruch: Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der TV Grohn bietet den Bewohnern im Stadtteil ein breit gefächertes Angebot an sportlichen Aktivitäten. Das Angebot richtet sich an alle Altersklassen von Kindern bis zu den Senioren und leistet dadurch einen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge und -erhaltung. Gleichzeitig ermöglicht das Vereinsleben die Knüpfung sozialer Kontakte und trägt dadurch zur Lebensqualität der Bürger bei.

Eine ortsnahe Erreichbarkeit für Kinder und Jugendliche wird dadurch gewährleistet, dass die Schulturnhalle an der Friedrich-Humbert-Straße bis zur endgültigen Verwertung des Grundstückes vom TV Grohn weiter genutzt werden kann.

Zu Frage zwei: Für die Schulturnhalle Friedrich-Humbert-Straße soll eine pragmatische Lösung gefunden werden. Zur Erarbeitung einer Lösung wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern des Senators für Bildung und Wissenschaft, des Senators für Inneres und Sport, des Sportamtes, des Landessportbundes und des Kreissportbundes sowie der Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH gebildet. Die Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH hat die Beteiligten zu einer Erörterung am 8. Juni des Jahres eingeladen. Der Senator für Inneres und Sport strebt an, dass die Turnhalle für die Nutzung durch den Vereinssport weiter zur Verfügung steht. Die Frage der künftigen Bewirtschaftung, nach Beendigung der schulischen Nutzung, wird im Rahmen der anstehenden Gespräche geklärt.

Darüber hinaus beabsichtigt der Senator für Inneres und Sport im Rahmen der ab Juni 2004 beginnenden Diskussion über den Sportentwicklungsplan, auch für den TV Grohn eine zukunftsfähige Perspektive zu entwickeln. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, gibt es einen Zeitpunkt, bis wann Sie die angesprochenen Verhandlungen abgeschlossen haben wollen? Bei dem Turnverein besteht zu Recht die Sorge, ob er weiterhin einen Platz für seine sportlichen Angebote findet.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Frau Abgeordnete, ich kann über die beabsichtigte Dauer dieser Gespräche jetzt keine konkrete Aussage treffen. Das richtet sich natürlich nach dem Fortgang der Gespräche und inwieweit man sich mit konkreten Nutzern auf eine Nachnutzung einigen kann. Bis zu dieser Nachnutzung, nicht etwa bis zum Ende des Schuljahres, wird auch die Nutzung dieser Turnhalle durch den Verein möglich sein.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr, Frau Peters-Rehwinkel!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Herr Staatsrat, wenn die Halle weiter genutzt werden kann, wie sieht es mit den Sportgeräten aus? Können die Sportgeräte weiter genutzt werden oder werden sie entfernt? Sofern sie entfernt werden, wer-

den aus dem Haushalt des Sports Mittel zur Ersatzbeschaffung zur Verfügung gestellt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Wenn die Sporthalle weiter durch den TV Grohn genutzt werden kann, dann wird selbstverständlich auch die Nutzung der verfügbaren Sportmittel und -geräte weiterhin möglich sein.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Im Hinblick auf die angemessene Versorgung des Stadtteils mit Sportstätten stellt sich mir beziehungsweise meiner Fraktion die Frage, ob dann diese Ersatzversorgung im Ortsteil Grohn stattfindet.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Ja, das muss selbstverständlich gewährleistet sein. Ich habe Ihnen vorgetragen, dass das Ressort zurzeit am Sportentwicklungsplan arbeitet. In diesem Sportentwicklungsplan wird quantitativ und qualitativ der Bedarf für die Zukunft erhoben. Dieser Bedarf wird dem bestehenden Angebot gegenübergestellt und entsprechend abgeglichen, so dass dann eine zukunftsbezogene, auch für die Vereine perspektivisch transparente Planung möglich ist.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Wenn das Gelände verwertet wird, fließt der Erlös in das Sondervermögen oder wird mit den Mitteln nach Maßgabe des Sportförderungsgesetzes umgegangen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Das sind zwei getrennte Fragen. Der Erlös fließt zunächst einmal in das Sondervermögen, aber natürlich hat weiterhin nach Einschätzung unseres Ressorts das Sportförderungsgesetz insofern Gültigkeit, als es für die Einschränkungen von Nutzungen in der Gegenwart oder in der Vergangenheit eine zukünftig entsprechende Planung vorsieht.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage, die sich auf die Nicht-Abiturienten-Kurse bezieht, wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Die fünfte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde bezieht sich auf den **Datenschutz bei Fahrgastkontrollen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Peters-Rehwinkel, Grotheer, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Peters-Rehwinkel!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Befugnisse haben die Mitarbeiter des von der BSAG beauftragten Sicherheitsdienstes bei der allgemeinen Kontrolle der Fahrgäste?

Zweitens: Wie ist die Zusammenarbeit zwischen den Kontrolleuren und der Polizei organisiert?

Drittens: Wie ist sichergestellt, dass Dienststellen der Polizei künftig nur noch autorisierten Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes telefonisch Auskünfte über persönliche Daten von Fahrgästen geben?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. vom Bruch.

Staatsrat Dr. vom Bruch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Mitarbeiter des von der BSAG eingesetzten Sicherheitsdienstes werden im Rahmen des Hausrechts auf den Betriebsflächen, den Haltestellen und den Fahrzeugen der BSAG tätig. Diese Befugnis ist dem Unternehmen durch vertragliche Regelung von der BSAG übertragen worden.

Zu Frage zwei: Falls sich ein Fahrgast, der ohne gültigen Fahrausweis angetroffen wird, nicht ausweisen kann, erfolgt eine Überprüfung seiner Personalien vor Ort durch Anruf der Kontrolleure bei der Polizei.

Zu Frage drei: Zwischen der Polizei und dem Unternehmen besteht folgende Regelung: Die Mitarbeiter des Unternehmens rufen eine zentrale Telefonnummer bei der Polizei an, die nur ihnen bekannt ist. Die Polizei verfügt über eine Liste der abfrageberechtigten Mitarbeiter mit Namen, Handynummern und Dienstnummern und kann den Mitarbeiter bei einem Anruf identifizieren. Außerdem ist ein Passwort vereinbart, dass bei jeder Abfrage genannt werden muss. Dieses Passwort wird wöchentlich durch die Polizei geändert und streng vertraulich nur an das betroffene Unternehmen weitergegeben. Diese Verfahrensweise ist mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz abgestimmt und dem Rechtsausschuss der Bremischen Bürgerschaft bereits auf seiner Sitzung

am 21. April vorgestellt worden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Inwiefern dürfen die Kontrolleure im Rahmen ihrer Tätigkeit auf den Wunsch eines noch nicht kontrollierten Fahrgastes, aussteigen zu wollen, einwirken?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Die Kontrolleure sind berechtigt, im Rahmen des Hausrechts Kontrollen durchzuführen, und sie dürfen natürlich diese Frage an einen Fahrgast auch weitergeben.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Ist es den Kontrolleuren gestattet, einen Fahrgast am Aussteigen zu hindern, wenn die Zeit nicht ausgereicht hat, diese Kontrollen durchzuführen, der Fahrgast jedoch an der Haltestelle X hinaus möchte?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Die Frage kann ich Ihnen zurzeit nicht beantworten. Es ist sicherlich so, dass sie das Hausrecht ausüben. Sie haben aber nach meiner Einschätzung keine Möglichkeit, durch Zwang durchzusetzen, dass ein Fahrgast aussteigt. Sie haben aber sehr wohl die Möglichkeit, Überprüfungen durchzuführen, und können natürlich, wenn diese Überprüfungen durchgeführt werden, auch die Reihenfolge der Überprüfung variieren und insofern auch Fahrgäste kontrollieren, die im Aussteigen begriffen sind.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Verstehe ich Sie richtig, dass Fahrgäste am Aussteigen gehindert werden dürfen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Nein, ich habe gesagt, sie dürfen nicht gehindert werden zum Beispiel durch Zwang, aber sie dürfen natürlich auch im Zuge des Aussteigens gefragt werden und überprüft werden. Das ist doch ganz klar!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Eine Nachfrage zu Frage drei! Die Frage ging dahin, wie sichergestellt wird, dass das von Ihnen beschriebene Prozedere eingehalten wird, denn in der Ver-

gangenheit wurden auch Auskünfte von anderen Dienststellen erteilt und auch ohne ein Passwort anzugeben und ohne Personalkennziffern anzugeben!

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Frau Abgeordnete, ich habe Ihnen vorgetragen, dass dieses neue Verfahren erneut zusätzliche Sicherungen einbaut. Es ist dadurch gewährleistet, dass nur noch eine zentrale Nummer bei der Polizei angerufen werden kann. Diese zentrale Nummer beziehungsweise der Beamte, der dort am Telefon sitzt, kann die Handynummer identifizieren und ist auf solche Anfragen spezialisiert. Früher wurden diese Anfragen auch bei Revieren getätigt, und da hat es Fehler gegeben.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Herderhorst! - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Herr Staatsrat, könnte es sein, dass die Kontrolleure aufgrund ihrer Erfahrung möglicherweise gerade diejenigen überprüfen, die dann sehr plötzlich aussteigen müssen, wenn die Kontrolleure auftauchen, weil gerade diese unter Umständen nicht im Besitz eines Fahrausweises sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Es wäre zu vermuten, dass Sie damit Recht haben.

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Trifft es eigentlich zu, dass unabhängig von den datenschutzrechtlichen Fragen, die ja, wie Sie eben vorgetragen haben, beantwortet sind, es früher so war, dass, wenn ein Fahrgast festgestellt wurde, der keinen Fahrausweis dabei hatte, dann die Polizei gerufen werden musste, dass dieser Zeitaufwand erheblich war und dass dies die ohnehin geringen personellen Ressourcen bei der Polizei doch belastet hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Ja, auch diese Einschätzung teile ich!

(Abg. Herderhorst [CDU]: Danke!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Tschöpe!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Staatsrat, stimmen Sie mit mir überein, dass die Befugnisse einer priva-

ten Sicherheitsfirma mit Sicherheit nicht weiter reichen dürfen als die normalen Festnahmerechte nach Paragraph 127 StPO?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Ja, das habe ich gesagt! Es ist zutreffend, was Sie sagen!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Wenn ich Sie richtig interpretiere, können diese normalen Jedermannsrechte natürlich nicht die Befugnisse nach dem Polizeirecht ausweiten. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie eben gesagt, dass im Falle von Verdacht sehr wohl festgehalten werden darf!

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Nein, das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, dass selbstverständlich die Kontrolleure, wenn sie den Eindruck haben, dass sich eine Person einer Kontrolle entziehen will, diese Kontrolle vorziehen dürfen, insofern die Reihenfolge der Kontrollen auch während des laufenden Prozesses variieren können.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Das heißt, Sie stimmen mit mir überein, dass sozusagen Jedermannsrechte nicht zu verdachtsunabhängigen Kontrollen berechtigten dürfen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Selbstverständlich teile ich diese Auffassung. Die Jedermannsrechte sind in der Strafprozessordnung verbrieft. Die Polizeirechte stehen Polizeivollzugsbeamten zu.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Eine letzte Frage noch! Gibt es sozusagen verbindliche Abreden zwischen dem privaten Sicherheitsunternehmen und der Polizei über diese Schnittstellenproblematik?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Das ist mir nicht bekannt, das müsste ich recherchieren. Ich glaube aber nicht, dass es solche Abreden gibt.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist die Fragestunde, Tagesordnungspunkt eins, erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Krusche, Möhle, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Westerweiterung des Technologieparks stoppen.

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Grünen fordern Sie, meine Damen und Herren von der großen Koalition, auf, die Westerweiterung des Technologieparks sofort zu stoppen, und zwar weil diese Westerweiterung ein ökologischer Sündenfall wäre, weil aber auch, und das ist bisher in der Debatte nicht so deutlich geworden, mit den Kosten dieser Westerweiterung die Stadt ein finanzpolitisches Abenteuer eingehen würde. Daher wollen wir, dass keine weiteren Steuergelder hier verschwendet werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kurz ausgedrückt: Keine Naturzerstörung auf Pump, lasst die Uniwildnis leben! Das ist sicherlich die Zusammenfassung dessen, was beabsichtigt ist, auf das ich jetzt auch noch näher eingehen werde.

Meine Damen und Herren von der großen Koalition, wenn Sie ganz ehrlich sind, dann hat keine der beteiligten Fraktionen diese Westerweiterung gewollt. Der Beschluss für die Westerweiterung wurde nur gefällt, weil man sich in der Koalition nicht einigen kann. Es gibt nämlich für diese Westerweiterung keinen vernünftigen Grund. Da sind erstens die Erschließungskosten, die pro Quadratmeter 330 Euro betragen. Pro Quadratmeter, das stellen Sie sich einmal vor! Darauf ist noch nichts gebaut, sondern es sind Kosten, mit denen ein Quadratmeter erschlossen werden

kann. Das kostet 330 Euro! Zweitens gibt es den Bedarf nicht mehr, wie die aktuellen Zahlen auch zu den Leerständen belegen.

Ich möchte zunächst noch einmal auf diese Kosten eingehen. Das wäre in der Tat die teuerste Naturzerstörung und -versiegelung, die sich Bremen jemals geleistet hat und sich jemals leisten würde. Wir hoffen, dass Sie das nicht tun. Vergleich: Für die Airport-Stadt kostet die Erschließung pro Quadratmeter 116 Euro, bei der Uni-Ost 116 Euro, Horn-Lehe-West 34 Euro pro Quadratmeter, ein Zehntel, hier also 330 Euro, die sich dann auf, und da passen Sie gut auf, sage und schreibe über 50 Millionen Euro summieren, die Bremen gar nicht hat. Das heißt, zu diesen Kosten kämen dann noch die Kosten für den Kapitaldienst. Also, ein finanzpolitisches Abenteuer sondergleichen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu den Kosten: Warum ist die Erschließung so teuer? Der Boden, der dort liegt, lag da nicht ursprünglich, sondern ist im Zusammenhang mit dem Universitätsbau dort hingespült worden. Weil er von der Statik her kein Gebäude zulässt, muss er ausgekoffert und wegtransportiert werden. Zweitens wird es hier eben sehr teuer, den Ausgleich und Ersatz zu realisieren, weil es sich um ökologisch extrem wertvolle Natur handelt. Drittens ist die Erschließung durch Straßen und Brückenbauwerke im Vergleich zu der Nettobaufläche, die es gibt, absolut unverhältnismäßig. Für so ein letztendlich kleines Nettobaugebiet muss eine Brücke über den Kuhgrabenweg gebaut werden, extra Erschließungsstraßen et cetera.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Wie bei jedem Straßenbau! Ich kann ja nicht mit dem Trecker dort hinfahren!)

Herr Kastendiek, nicht wie bei jedem Straßenbau, das habe ich doch gerade eben deutlich gemacht! Es wäre das teuerste Gewerbegebiet, das sich Bremen jemals leisten würde. Das Geld ist nicht da, und deswegen muss hier endlich Schluss sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein zweiter Punkt ist die Frage des Bedarfs. Der Bedarf ist nicht vorhanden, und ich möchte Sie, meine Damen und Herren von der großen Koalition, auch daran erinnern, dass die hier einstimmig von diesem Hause beschlossene Nachverdichtung in den bis jetzt bestehenden Grenzen des Technologieparks noch nicht stattgefunden hat. Es gibt weder Parkhäuser, die gebaut werden sollten, noch sind die Hochhäuser angegangen wor-

den. Zudem haben wir im Moment nicht zu vermietende Leerstände an Büroraum von 17.000 Quadratmetern.

Der Ecom-Tower und das Zwillingshochhaus, das Zech bauen will, sind noch nicht realisiert. Die Investoren zögern auch. Raten Sie einmal, warum sie zögern! Sie zögern, weil natürlich der Bedarf nicht vorhanden ist. Wenn diese Hochhäuser realisiert würden, bedeutete das, dass weitere 60.000 Quadratmeter Bürofläche auf dem Markt wären. Ehrlich gesagt, meine Damen und Herren, Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass unter den Rahmenbedingungen, die wir haben, sowohl konjunkturell als auch hinsichtlich der Beschlüsse zur Überseestadt, dort auch technologieorientiertes Gewerbe anzusiedeln zu wollen, überhaupt ein Bedarf besteht, im Westen des Technologieparks noch eine Erweiterungsfläche aufzubereiten.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Doch, glauben wir!)

Deswegen fordern wir Grünen Sie wirklich eindringlich auf, dass Sie von dieser Westerweiterung endlich Abstand nehmen und hier auch keine weiteren Steuergelder verschwenden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren von der großen Koalition, wir Grünen sind wirklich der tiefsten Überzeugung, dass sich Bremen eine Misere, einen Flop wie den Space-Park oder auch den Büropark Oberneuland nicht mehr leisten kann. Auch die Qualität des Technologieparks würde verloren gehen, wenn man jetzt noch weitere Erweiterungsflächen und damit natürlich Leerstände produzieren würde und gleichzeitig eines der wichtigsten Naherholungsgebiete kaputtmacht, das als Gebiet, als Erholungsraum oder auch als Raum für die Mittagspause von Arbeitenden im Technologiepark wichtig ist. Einen solchen weiteren Flop kann sich Bremen nicht leisten, und wir erwarten, dass Sie den Technologiepark nicht erweitern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte Herrn Möhle in der letzten Bürgerschaftssitzung schon dringend darum gebeten, sich qualifiziert und sachlich mit der Ansiedlungspolitik in Bremen, den daraus folgenden Ergebnissen für den Arbeitsmarkt und natürlich auch für die Finanzkraft Bremens auseinander zu setzen. Leider, Frau Mathes, haben auch Sie heute hier eine rein ideologische Rede gehalten, und Sie setzen sich eben

leider nicht sachlich mit den Entwicklungsperspektiven des Technologieparks auseinander, mit den Maßnahmen unserer Wettbewerber und auch nicht mit den räumlichen Notwendigkeiten technologieorientierter produzierender Unternehmen, denn um die geht es hier.

(Beifall bei der CDU)

Sie interpretieren Zahlen einseitig, Sie lassen Zahlen weg, und Sie vermitteln damit in der Öffentlichkeit einfach ein falsches Bild von der Situation des Technologieparks insgesamt. Für mich ist es daher dringender erforderlich denn je, dass wir hier sowohl eine sachliche als auch eine strategische Debatte führen. Die Grundlage aller Entwicklungspläne sind einerseits die Ansiedlungserfolge der vergangenen Jahre und andererseits die Ansiedlungswünsche, und es ist die Tatsache, dass aktuell kaum reine Technologieparkflächen mehr vorhanden sind.

Zum Thema Flop, sehr geehrte Frau Mathes! Fakt ist, dass sich kein anderer Gewerbestandort in Bremen in den vergangenen Jahre so dynamisch entwickelt hat wie der Technologiepark. Heute beschäftigen dort 300 Unternehmen mehr als 6000 Arbeitnehmer. Allein zwischen 1998 und dem Jahr 2002 wurden 100 neue Unternehmen mit 2800 Arbeitsplätzen dort angesiedelt, was einem Wachstum von über 20 Prozent entspricht. Solche Zahlen gibt es an keinem anderen Standort in Bremen, und eine solche Entwicklung dürfen wir nicht gefährden.

(Beifall bei der CDU)

Diesen Erfolg aber, Frau Mathes, stellen Sie in Frage, wenn Sie keine neuen Entwicklungsperspektiven schaffen. Wie Sie der Antwort des Senats entnehmen können, gibt es noch 3,8 Hektar reine Technologieparkflächen und Reservierungswünsche von rund fünf Hektar. Das heißt, wir brauchen heute schon neue Flächen, um die Nachfrage bedienen zu können. Eine Erweiterung des Technologieparks reagiert damit nicht nur auf mögliche Nachfragen in der Zukunft, sondern auch auf ganz konkrete Wünsche heute.

Nun will ich mich gern mit den möglichen Perspektiven und den vorhandenen Flächen auseinander setzen. Die Vorhalteflächen der Uni sind grundsätzlich keine Lösung des Problems. Sie können einerseits nicht oder nur schwer verkauft werden und eignen sich daher in erster Linie für Investoren und Investorengebäude, die ihre Büroräume später dann an die Uni abgeben können. Sie sind daher also nur bedingt vermarktbare.

Auch die Verdichtungsflächen, von denen Sie so gern reden, sind eher sehr spärlich gesät. Sie werden zum Teil von den vorhandenen Betrieben für spätere Erweiterungen gebraucht, und selbst wenn wir sie kurzfristig nutzen wollten, so macht das auch keinen Sinn, denn wir können hinterher die Unternehmen nicht umsiedeln. Das ist keine vernünftige Vorgehensweise. Teilweise gibt es aber auch, was diese Verdichtungsflächen angeht, erbrechtliche Auseinandersetzungen, so dass wir gar nicht an die Flächen kommen. Im Süden, auch das ist Ihnen dargestellt worden, gibt es gerade zwei kleine Handtücher, die auch noch an der Bahn liegen und die auch nur mit Mühe an kleine Unternehmen vermarktet werden können.

Nun aber zu Ihrem Thema Leerstände in Büroräumen! Diese Leerstände in Büroräumen, liebe Frau Dr. Mathes, bieten nun überhaupt keine Lösung des Problems. Ich glaube, Sie haben da auch etwas gründlich missverstanden, übrigens ebenso die FDP, wie man heute der Pressemitteilung entnehmen kann. Diese Büroflächen gehören privaten Investoren und leiden ganz besonders darunter, dass viele kleine Betriebe im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des neuen Marktes insolvent geworden sind beziehungsweise die miserable gesamtkonjunkturelle Lage nicht überstanden haben.

Insgesamt, das darf ich hier nur kurz anmerken, bietet der bremische Büromarkt überhaupt keinen Anlass zur Kritik. Uns wird bescheinigt, dass konstante Vermietungsleistungen, moderate Leerstände und eine an den Markt angepasste Bautätigkeit Bremen zu einem der stabilsten Büromärkte Deutschlands machen. Sollte denn wirklich ein Aufschwung kommen, so denke ich, werden diese Flächen auch wieder zu vermarkten sein.

Nun wollen Sie, sehr geehrte Frau Dr. Mathes, das haben Sie hier vorgeschlagen, produktionsorientierte Betriebe in diesen Büroräumen ansiedeln. Das zeigt mir Ihr fehlendes Verständnis für die Betriebe. Kein Unternehmer kann in der zehnten Etage eines Bürohauses eine Produktion ansiedeln, aber gerade diese Produktionsflächen benötigen wir, wenn wir die Nachfrage einzelner Betriebe, die sich heute im Technologiepark ansiedeln, bedienen wollen. Diese Flächen brauchen wir umso mehr, um neue Unternehmen anzusiedeln, die, wie wir immer gemeinsam hier bekunden, die Innovation und Modernisierung Bremens voranbringen. Wir müssen daher eine Entwicklungsperspektive schaffen, damit uns genau diese Betriebe, die keine Erweiterungschance im Technologiepark haben, nicht abhanden kommen oder von vornherein junge und neue Betriebe einen anderen Standort suchen.

Sehr geehrte Frau Dr. Mathes, Ihre Lösung des Problems ist an vielen Stellen immer wieder die Ansiedlung in der Überseestadt gewesen. Sie tun das für Aspiranten an der Hansalinie genauso wie für Technologiebetriebe. Sie wissen, wir sind dort offen für einen Technologiepark, aber einen mit Profil, und zwar einen für die Windenergie. Es macht aber keinen Sinn, alteingesessene Unternehmen des Technologieparks dahin umsiedeln zu wollen. Es macht auch keinen Sinn, neue Unternehmen in die Überseestadt verpflichten zu wollen. Sie können, sehr geehrte Frau Dr. Mathes, eine Ansiedlungspolitik nicht in Form einer Schulmeisterpolitik handeln.

(Beifall bei der CDU)

Unternehmen siedeln sich dort an, wo sie die besten Rahmenbedingungen vorfinden, und nicht dort, wo Sie es vielleicht für wünschenswert halten. Verpflichten, wie Sie das gern wollen, können wir sie nicht. Betriebe, die wir gern nach Bremen haben wollen, sind heutzutage mobil, und sie siedeln sich in Helsinki, in Dortmund oder anderswo an, wenn dort das Angebot stimmt. Das möge Ihnen als Information auch noch dienen: Viele Standorte in ganz Europa weiten ihre Kapazitäten aus, und zwar aktuell um 86 Prozent. Wenn Sie also den Wettbewerb unter den vielen interessanten Anbietern gewinnen wollen, dann brauchen Sie ein ganz besonderes Angebot, und dieses besondere Angebot haben wir im Technologiepark und nicht in der Überseestadt.

Nun zur Westerweiterung! Sie alle wissen aus den vielen langwierigen Diskussionen zur Erweiterung des Technologieparks, die Westerweiterung ist nicht die Lösung der CDU-Fraktion. Wir hätten uns alle den Frust mit den Freunden der Uniwildnis ersparen können, wenn man denn beim Koalitionär den Mut aufgebracht hätte, über die Autobahn hinauszugehen.

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein 300 Meter breiter Streifen entlang der Autobahn wäre in unseren Augen die beste Lösung gewesen. Die Westerweiterung ist also ein Kompromiss, der uns nicht leicht gefallen ist. Sehr geehrte Frau Dr. Mathes, sie vernichtet auch nicht die ganze Uniwildnis, denn Sie wissen genau, dass wir nur einen Streifen entlang des Kuhgrabens parkähnlich bebauen wollen, und zwar bedarfsabhängig zunächst einmal auf der Fläche jenseits des Hochschulrings und des Campingplatzes. Aber auch die Westerweiterung reicht maximal nur drei bis vier Jahre. Sie wird erst 2006 fertig sein, das wissen Sie alle, und reagiert vorrangig auf den vorhandenen Bedarf.

Zu den Kosten darf ich Ihnen auch kurz etwas sagen. Sie haben hier Kosten genannt, die wir so überhaupt noch nicht kennen, die so auch noch gar nicht geplant werden. Das ist noch ein langer Weg dorthin. Natürlich sind auch wir bestrebt, die Kosten hier so gering wie möglich zu halten.

Ein Moratorium, dazu werden wir möglicherweise gleich etwas hören, das in der Diskussion ist, wäre in dieser Situation in hohem Maße gefährlich. Das Zeitfenster ist sowieso schon sehr knapp angesichts der kaum noch vorhandenen Flächen heute. Wir würden zudem das Vertrauen der Unternehmen in unsere Verlässlichkeit heftig erschüttern. Der Technologiestandort Bremen kann es sich auch nicht leisten, erst mit einem Anspringen der Konjunktur, auf die wir alle gemeinsam hoffen, mit den Planungen für einen Ausbau von Flächen zu beginnen. Das ist Politik von gestern.

Mein Fazit: Die Erfolgsstory Technologiepark braucht eine Zukunft. Wenn wir diese Zukunft nicht schaffen, bringen wir seine dynamische Entwicklung mittelfristig zum Stillstand, und wir gefährden auch akut die vorhandenen Arbeitsplätze. Die Westerweiterung darf daher weder zurückgestellt noch ganz aufgegeben werden. Den Antrag lehnen wir daher ab. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Antrag liegt meines Erachtens in der Aktuellen Stunde nicht vor, dann brauchen wir also darüber nicht abzustimmen. Eine zweite Vorbemerkung, die ich machen möchte, ist die Tatsache, dass wir hier heute in dieser Diskussion nicht über den Evergreen Hollerland reden müssen. Was den Evergreen Hollerland betrifft, Frau Winther, da kann ich Ihnen wirklich nur empfehlen, mit Ihrem Umweltssenator einmal ein Gespräch über die Erkenntnisse zu führen, die er mittlerweile, glaube ich, erworben hat über die rechtliche Lage und dass dies nicht nur von uns politisch abgelehnt wird, sondern dass dies auch rechtlich und von EU-Seite überhaupt nicht möglich sein wird, diesen Zugriff ins Hollerland zu nehmen. Im Übrigen haben wir eine klare Koalitionsvereinbarung, die dazu die entsprechenden Dinge sagt.

Ich möchte gern einen Punkt voranstellen, damit wir keine Missverständnisse in dieser Debatte ha-

ben. Ich fand es etwas verfehlt, Frau Dr. Mathes, den Technologiepark in einem Atemzug mit dem Büropark Oberneuland oder den schwierigen Entwicklungen im Space-Park zu nennen. Der Technologiepark ist eine Erfolgsnummer und ist eine Stärke für Bremen, und wir jedenfalls wollen, dass er sich vernünftig entwickeln kann und dort Arbeitsplätze weiter gesichert und geschaffen werden können.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein wichtiger Punkt, aber wenn man das im Auge hat, dann muss man ganz sorgsam damit umgehen, dafür würde ich in der Tat plädieren. Ich sage auch, wenn man auf Teufel komm heraus Weiterentwicklung macht, neue Flächen für den Technologiepark erschließt, geht man auch gewisse Risiken ein. Da möchte ich doch noch einmal auf die Fakten eingehen.

Der erste Fakt ist der, den sich hier keiner ausgedacht hat, sondern der in einer Mitteilung des Senats steht, die nach der Geschäftsverteilung auch vom Senator für Wirtschaft und Häfen erstellt ist. Die Leerstände im Technologiepark sind angewachsen auf 17.000 Quadratmeter,

(Abg. Frau Winther [CDU]: Büro!)

richtig, aber von in 2002 auch ganz schwierigen 14.000 Quadratmetern. Sie, Frau Winther, waren in den letzten Tagen in der Presse zu registrieren mit dem Hinweis, 25.000 Quadratmeter hätten da früher leer gestanden und die Situation habe sich schon verbessert, nichts da, sie hat sich erschwert! Das ist Fakt Nummer eins.

Fakt Nummer zwei ist die Tatsache, auf die auch die Kollegin Dr. Mathes hingewiesen hat. Wir haben hier Debatten um die Frage der höheren Bebauung dort gehabt. Das ist umgesetzt worden. Es sind unterschiedliche planungsrechtliche Festsetzungen, aber auch auf Bauanträge Bewilligungen erfolgt für Hochhausbebauung. Das ist Ecom-Tower, das ist das so genannte Zech-Hochhaus. Diese Investitionen sind nicht erfolgt wegen der Marktlage.

Wir sind also in einer Situation, in der private Investitionen wegen der vorhandenen Überkapazität gebremst werden. Das ist das, was wir mit dem Sanierungsprogramm und dem Investitionssonderprogramm gerade nicht wollen. Wir wollen private Investitionen anstacheln, und wir müssen aufpassen, dass wir die Bedingungen nicht dadurch, dass wir öffentlich zu viel machen, Überkapazitäten schaffen, private Rahmenbedingungen verschlechtern. Das ist hier im Technologiepark der Fall. Darum sage ich, wir müssen über die

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Westerweiterung reden, um den Technologiepark zu stärken und seine Bedingungen zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind ja bei den Fakten! Fakt Nummer drei ist an der Stelle, dass wir natürlich damit zu tun haben, dass es neben den Büroräumlichkeiten, die von Immobilienanbietern produziert oder vermietet werden, auch Ansiedlungsinteressen für Eigennutzer gibt, Ansiedlungsinteressen für teilweise auch produzierendes Gewerbe. Damit muss man in der Tat ein Umgehen und Wege und Alternativen finden.

Ich will aber in dem Zusammenhang auf zwei Tatsachen hinweisen: Der Verweis auf die freien Flächen, die kleinen Handtücher, die Frau Winther hier im Bereich Richtung Schwachhausen an der Bahnlinie genannt hat, scheint mir doch ein bisschen zurückgenommen zu sein. Allein die Anschauung in diesem auch lange diskutierten Bebauungsgebiet 2197 zeigt schon, dass da größere Flächen frei sind.

(Abg. Frau Winther [CDU]: 1,8 Hektar!)

Man gewinnt darüber hinaus den Eindruck, dass dort deutlich Reservierungen vorgenommen werden, über die wir vielleicht auch einmal kritisch nachdenken müssen, ob sie über fünf Jahre oder länger erfolgen können,

(Beifall bei der SPD)

oder ob man dort nicht dazu kommen kann, sie schneller an den Markt zu bringen und schneller Flächen in Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft umzuwandeln, statt lange Optionen zu halten. Für produzierende Betriebe - ich komme gleich auf den Effekt und den Aspekt für produzierende Betriebe - haben wir immer noch eine ganze Reihe anderer Gebiete in Bremen, die wir eher darauf ausrichten. Wir wollen doch, so haben wir uns im Koalitionsvertrag verpflichtet, so sagt es auch das Integrierte Flächenprogramm, hier in der Bürgerschaft beschlossen, dass wir eine solche Schwerpunktorientierung haben. Davon dürfen wir nicht leichtfertig weggehen.

Ich möchte jetzt noch einen Punkt aus der Debatte aufgreifen. Diese Freiflächen in diesem Zusammenhang liegen ausweislich der Antwort des Senats bei 9,5 Hektar und nicht bei 3,5 Hektar, wie es eben hieß. Der andere Punkt ist, Sie sagen, die Westerweiterung, wenn man sie machen würde, das will ich auch einfach noch einmal sagen, weil die Bilder immer gerade bleiben müssen, wäre dann in drei, vier Jahren voll. Die Westerweiterung würde zu Nettoflächen von 20 Hektar Neuf Flächen

führen. In allen Begründungen für die Erweiterung dort wird deutlich gesagt, zwei Hektar ist der Jahresverbrauch im Technologiepark. Zwei Hektar pro Jahr, und 20 Hektar habe ich zur Verfügung, das sind nach Adam Riese nicht drei oder vier Jahre, sondern es sind zehn Jahre, die das allein, selbst wenn man diesen Automatismus unterstellen würde - -.

(Abg. Focke [CDU]: Sie verwechseln hier brutto und netto! - Abg. Kastendiek [CDU]: Sie bekommen hier brutto und netto durcheinander!)

Nein, brutto und netto bringe ich nicht durcheinander! Wir können da hinterher noch einmal in die Fakten schauen.

Ich will auf den zentralen Punkt kommen: Wir sind in einer Situation, in der wir bei der Investitionspolitik sauber darauf achten müssen, dass wir die Dinge bedarfsorientiert entwickeln,

(Beifall bei der SPD)

dass wir sparsam und vorsichtig mit den Investitionen umgehen. Wir haben da als SPD-Fraktion Vorschläge gemacht, die uns selbst hier und da schwer fallen, aber wir sind der Auffassung, das muss ernsthaft angegangen werden, und wir sagen eben, auch im Bereich der Gewerbeflächenentwicklung. Ich will sagen, wir stehen da ganz sauber in der Beschlusslage dieser Bürgerschaft und des Senats. Schauen Sie ins Integrierte Flächenprogramm! Dort steht genau, dass wir Jahr für Jahr nur so viel erschließen wollen, wie verbraucht worden ist. Wenn weniger verbraucht worden ist, muss man auch weniger erschließen, es darf also, muss sogar nach den Beschlusslagen über eine Anpassung des Angebots, das wir schaffen, an die Nachfrage angepasst werden. Darum geht es uns in erster Linie. Wir wollen als SPD-Fraktion Investitionen, wenn es möglich ist, strecken oder verschieben und eben notfalls auch streichen. Darum muss man alles überprüfen, damit wir zu realistischen Rahmenbedingungen kommen.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt! Da muss ich Sie, Frau Winther, noch einmal ansprechen, weil Sie sagten, zum Beispiel die Orientierung solcher Bereiche auf die Überseestadt habe keinen Sinn und sei auch nicht die Zielsetzung, sondern wir orientierten uns ausschließlich auf den Technologiepark. Dem möchte ich ganz entschieden widersprechen, und zwar nicht nur, weil wir als SPD-Fraktion immer Technopolis und lieber die ganze Stadt sagen und lieber die ganze Stadt modernisieren als nur ein Areal, sondern weil wir einen Koalitionsvertrag haben.

Schauen Sie sich an, was da unter „Standort“ steht! Da steht Technologiestandorte entwickeln, da steht natürlich Technologiepark, und da stehen mit eigenem Profil in der Tat auch andere Gebiete. Wir wollen auch Airport-Stadt entwickeln, die IUB muss entwickelt werden, und natürlich wollen wir auch so etwas in die Überseestadt bringen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen, wir investieren viel in die Überseestadt. Wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir die Ansiedlungspolitik nicht dahin treiben würden, dass diese Investition, die öffentlich getätigt wird, sich auch bitte in fruchtbares privatwirtschaftliches Invest ummünzt. Das ist in der Tat eine strategische Frage. Diesen Begriff der strategischen Frage hat ja der Chef der Bremer Investitionsgesellschaft, Herr Keller, am Sonntag im Zusammenhang mit einem Kommentar in einer der Sonntagszeitungen aufgebracht. Da ist die strategische Frage aber leider falsch gewendet. Sie haben sie jetzt leider genauso gewendet. Dort wird die strategische Frage so aufgelöst, man müsse alles in den Technologiepark geben, er hätte sich in den letzten zehn Jahren gut entwickelt - richtig! -, aber nur dort dürfe sich Weiteres entwickeln. Nein, ein Schuh wird daraus, wenn wir so verfahren, wie wir es gemeinsam in der Koalitionsvereinbarung gezeichnet haben: Wir wollen alle Technologiestandorte stärken, alle Technologiestandorte entwickeln.

Da bin ich genau an dem Punkt, warum wir ein Moratorium beim Bereich der Westerweiterung vorschlagen, wenn wir in der Situation sind, dass wir erstens im Technologiepark genug Angebotspotentiale haben und wir zweitens damit eine Chance haben, Investitionsmittel einzusparen. Es geht ja um 55 Millionen Euro ausweislich der Wirtschaftsförderungsausschussvorlage, sicherlich abzüglich der Frage des Campingplatzes, aber es bleiben netto immer noch gut 48 Millionen Euro, über die wir hier reden, ob wir sie für so etwas ausgeben oder nicht.

Der dritte Punkt ist doch in dem Zusammenhang, dass wir, wenn es wirklich so ist, und die Fakten des Senats zeigen uns das ja deutlich auf und weitere auch, den Zeitdruck bei der Westerweiterung nicht mehr haben. Zeitdruck war bisher immer genau das Argument für das beschleunigte Vorgehen. Dann müssen wir doch diese Chance nutzen für die Ansiedlungspolitik, aber auch für Infrastrukturüberlegungen, da spreche ich auch den Wissenschaftssenator an, wo ich der Auffassung bin, dass man auch darüber einmal nachdenken muss, ob das gute Beispiel Speicher XI

und Hochschule für Künste nicht an anderen Punkten wiederholbar ist.

Man muss diesen Zeitgewinn, diese Chance nutzen und sagen, wir können uns ein Verschieben bei der Westerweiterung auf jeden Fall erlauben und können das ermöglichen und hinbringen, dass wir in der Überseestadt, in der Airport-Stadt oder bei der IUB Effekte setzen, mehr aus dieser Stadt machen, das koalitionspolitische Ziel Technologiestandort Bremen voranbringen. Das ist die Überlegung, und das ist doch ein ganz vernünftiges, in jeder Hinsicht vertretbares Angebot. Ich verstehe die Aufregung um die Frage nicht.

(Glocke)

Ich kann dieses Haus nur bitten: Folgen Sie uns in der Überlegung, lassen Sie uns so vorangehen, dann bekommen wir haushaltspolitisch Luft und wirtschaftspolitisch positive Effekte! - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen stimmen der SPD und Ihnen, Herr Dr. Sieling, sicherlich hundertprozentig zu, wenn wir sagen: Natürlich, der Technologiepark war eine Erfolgsgeschichte! Man darf ihn jetzt nicht weiter erweitern, um den Technologiepark eben auch zu stärken. Darum geht es auch. Wir wollen auch Arbeitsplätze et cetera, wir wollen aber ein innovatives und ein neues Konzept, das versucht und das auch erfolgreich in der Lage ist, Ökologie und Ökonomie miteinander zu verbinden.

Da komme ich auch gleich zu Ihnen, Frau Winter, denn das, was Sie hier darlegen, ist im Prinzip das Projizieren einer Entwicklung in die Zukunft, obwohl die Zukunft sich ändert. Sie wird andere Rahmenbedingungen haben, sie wird andere Mechanismen haben, und da wird nichts anderes gemacht. Das fängt bei der Ermittlung der Flächenbedarfe an, die einfach linear hochgerechnet werden, als würde die Welt stehen bleiben, und geht weiter mit der Aussage, weil es einmal erfolgreich war, wird es immer erfolgreich sein. So ist die Welt nicht, so einfach ist sie wirklich nicht! Deswegen fordern wir hier, dass man neue Konzepte entwickelt und dass es darum gehen muss, neue Adressen zu qualifizieren.

Ein anderer Punkt: Sie heben ab auf die Frage des produzierenden Gewerbes. Dass die Firmen nicht in den obersten Stockwerken der Hochhäuser angesiedelt werden müssen, ist sicherlich klar,

es mag sein, es kommt darauf an, was sie produzieren. Wenn es Mikrochips sind, macht es wahrscheinlich gar nicht so viel, aber wenn es größere Gegenstände sind, mag das der Fall sein. Erstens hat man aber im bestehenden Technologiepark eine hohe Fluktuation, es gibt viele Insolvenzen. Es gibt einen Wechsel. Man kann doch darüber nachdenken, wie man die Fluktuation nutzen kann, um die Bedürfnisse optimal zu erfüllen.

Zweitens, auch Hochhäuser haben natürlich ein ebenerdiges Stockwerk, auch da gibt es Alternativen. Wenn man ein bisschen mehr Fantasie nutzt und neue Wege geht und endlich wegkommt und das auch will, dann kann man es! Die Konzepte gibt es, aber sie werden hier einfach nicht weiter verfolgt.

Eine letzte Anmerkung möchte ich noch machen zu der Frage, nur Teile der Uniwildnis würden dort dann geopfert, es würden noch Reste übrig bleiben!

(Zuruf des Abg. Focke [CDU])

Meine Damen und Herren, das Naturschutzgebiet wird, wenn es zu einer Bebauung kommt, nicht in seinem jetzigen Zustand zu halten sein. Es ist viel zu klein. Lesen Sie die ökologischen Gutachten! Ich kenne sie in- und auswendig. Dort ist dargelegt, dass bei einer Bebauung eine Grundwasserabsenkung erfolgen muss und dass mit der Grundwasserabsenkung Auswirkungen auf das Naturschutzgebiet am Stadtwaldsee zu erwarten sind.

(Glocke)

Ich bitte jeden hier aus dem Hause, meine Damen und Herren: Gehen Sie einmal in das Gebiet, erfahren Sie es jetzt einmal im Sommer! Die Qualität des Naherholungsgebiets Unisee ist weg, wenn Sie diese Westerweiterung machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

(Zuruf der Abg. Frau Winther [CDU])

Sie haben keine Redezeit mehr, Ihre Zeit ist abgelaufen!

(Abg. Focke [CDU]: Höchstens die Redezeit, sie war sonst ganz fidel! - Zuruf der Abg. Frau Winther [CDU])

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, ich will es auch ganz kurz machen! Ich fand schon bemerkenswert die Logik zu sagen, man stärkt den Technologiepark, indem man ihn nicht erweitert. Das ist das schwächste Argument, das ich überhaupt je gehört habe.

(Zurufe von der SPD)

Ich darf noch einmal erinnern an die, die sich nun wirklich bemühen, die Wirtschaft hier in Bremen weiterzubringen. Die Interessengemeinschaft des Technologieparks hat sich ganz klar für die Erweiterung ausgesprochen, die Handelskammer hat sich ausgesprochen für die Erweiterung. Sie können das nicht alles so einfach in den Wind schieben. Ich sage Ihnen nur noch eines hinsichtlich des Auseinanderhaltens dieser Geschichte mit brutto und netto: Ich glaube, Sie haben da etwas verwechselt. Das sind 20 Hektar brutto, aber keineswegs 20 Hektar netto, sondern viel weniger, das sind nämlich maximal 14 Hektar.

Im Übrigen kann ich nur noch einmal betonen, was ich in meiner ersten Rede schon gesagt habe: Wir richten uns nach der Nachfrage, und wir richten uns nicht nach irgendwelchen Visionen. Wir stehen da unter einem Zeitdruck, denn, auch das stellen Sie mehr als schräg dar, wir haben jetzt Nachfragen. Wir haben konkrete Nachfragen, wir haben aber auch Entwicklungsperspektiven. Der Schnitt der Vergabe lag im letzten Jahr bei 3,3 Hektar pro Jahr. Selbst wenn wir vorsichtig rechnen und die Bedarfe, die wir aktuell schon haben, einrechnen, wird der Technologiepark ziemlich schnell voll laufen. Wir haben Ihnen hier zugesagt, und dabei bleiben wir auch, dass wir diese Westerweiterung bedarfsgerecht weiterverfolgen und versuchen, die Kosten so gut es geht zu minimieren.

(Beifall bei der CDU - Abg. Dr. Sieling [SPD]: Wenn ich darf, wollte ich nur ein Friedensangebot machen! Ich habe gerade in den Bebauungsplan gesehen, es sind 18 Hektar, Frau Winther! Wir liegen also beide knapp daneben!)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat jetzt das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich rate uns, diese Debatte, die wir jetzt führen, mit großer Sorgfalt zu führen. Ich will nicht viel über die Debatte von morgen reden, aber es ist schon ganz beachtlich gelungen, den Space-Park kaputt zu reden. Ich warne nachdrücklich davor, dasselbe mit dem Technologiepark zu produzieren.

Wir haben im Technologiepark eine schwierige Erweiterungsdiskussion, auch in der Koalition. Daran will doch niemand vorbeireden. Das Kompromissangebot der SPD, lieber Herr Sieling, war die Westerweiterung. Das hat die SPD gefordert, nachdem sie gemerkt hat, dass der Weg in die Munte und in die Kleingärten ihr in die parteipolitische Suppe gehagelt hat. Das ist so!

Nun ist es aber auch so, wir haben uns breitschlagen lassen. Wissen Sie, ich sage gern auch etwas Persönliches dazu! Ich gehöre wahrscheinlich zu den Menschen, die von denen, die sich hier im Hause bewegen, die Uniwildnis mit am besten kennen, weil ich da ständig mit meinem Hund bin, weil das ein tolles Gebiet ist, ein wirklich tolles Gebiet.

(Beifall bei der SPD)

Nur, meine Damen und Herren, warum machen wir das denn? Warum machen wir das mit? Wir machen das mit, weil es hier um extrem hochwertige Arbeitsplätze geht und weil wir gerade, Herr Sieling, in einer schwachen Konjunktur sind, die Bremen am allerwenigsten zu vertreten hat, weil sie uns auch Gott sei Dank etwas weniger hart trifft als andere Regionen. Das hat aber weniger etwas mit dem Büromarkt zu tun, sondern das hat etwas mit den Außenwirtschaftsfaktoren zu tun.

Wir haben natürlich gerade in schwieriger Konjunktur weniger Investitionen, weniger Investoren auf dem Weg. Der Kampf um die Investoren, ihnen gute Angebote zu machen, wird immer härter und größer. Ich gehe schon davon aus, dass wir nicht die Konjunkturlage des vierten Jahres in der Stagnation zum Maßstab für die Zukunftsentwicklung machen. Wenn wir das machen müssten, dann müssten wir bei den ganzen Sozialreformen ganz andere Maßnahmen ergreifen, als wir sie zurzeit ergreifen. Alle gehen von anderen Rahmenbedingungen aus, und es spricht absolut nichts dafür, dass sich die Entwicklung im Technologiepark bei anspringender Konjunktur schlechter vollziehen wird als in anderen Technologieparks in Deutschland. Wir sind, glaube ich, nach Adlershorst zurzeit der zweitgrößte. Ich glaube sogar, wir sind der größte, das andere sind dann mehr Schönheitskriterien, aber darum geht es mir auch nicht. Wir haben gemeinsam festgestellt, dass wir die nächsten zwei, drei Jahre, wenn es gut geht, mit den Flächenangeboten auskommen.

Nun lassen Sie mich etwas zu der Verdichtung sagen! Ich glaube, dass wir mit Unicom I und II einen höheren Verdichtungsgrad erreicht haben als mit den bisherigen Bauten. Dann gibt es Entscheidungen für zwei Hochhäuser. Was mich ein biss-

chen wundert, ist, dass man uns vorwerfen will, die öffentliche Hand hätte nicht eingegriffen, als ein privater Investor diese Shopping-Gebäude am Space-Park gebaut hat, obwohl er keine Mieter hatte. Wir haben gar keine Möglichkeiten, da einzugreifen. Jetzt ist es so, dass die beiden Bauherren uns sagen, sie bauen, wenn sie mehr als 50 Prozent Vermietungszusagen haben. Das halte ich für nachvollziehbar. Ich halte es auch für nachvollziehbar, dass diese Überlegungen in einer schlechten Konjunkturlage zu einer Verzögerung führen.

Nun lassen Sie mich etwas zur Westerweiterung sagen, das andere hat Frau Winther im Wesentlichen dargestellt! Worum geht es zurzeit bei der Westerweiterung? Es geht um den ersten und zweiten Bauabschnitt. Beide haben mit der Wildnis nur mittelbar zu tun. Der erste Bauabschnitt ist das Gelände nördlich der Universitätsallee. Da haben wir noch eine Fernwärmeleitung liegen, die muss vermutlich unter die Erde gebracht werden, und dann lässt sich dieses Gebiet relativ einfach erschließen.

Dann gibt es die Verlagerung des Campingplatzes. Ich gehe auch nicht immer froh mit meinem Hund an dieser Rodung vorbei, aber wenn wir diese Rodung liegen lassen, ohne den Campingplatz umzusetzen, dann halte ich das für das Gegenteil von politischer Klugheit.

(Beifall bei der CDU)

Was müssen wir denn nun tun? Dem Grunde nach muss, nachdem die Rodung vollzogen ist, gemeinsam beschlossen, diese Rodung nun auch einer sinnstiftenden Verwendung zugeführt werden. Es macht doch keinen Sinn, sie so liegen zu lassen! Das heißt, der Campingplatz muss verlegt werden, und wenn er verlegt wird, dann kann ich das Gelände des Campingplatzes erschließen.

Gleichzeitig kann ich das Gebiet nördlich des Hochschulrings erschließen. Beide Dinge führen zu einem Zugewinn von sieben bis acht Hektar. Das ist, denke ich, ein Bedarf, der reicht, wenn ich das ausrechne und wenn wir die Fertigstellungstermine sehen, bis Ende 2006/Anfang 2007. Der Campingplatz geht davon aus, dass er 2006 an anderer Stelle seinen Betrieb übernimmt. Dann brauchen wir natürlich die Zeit 2006 bis Mitte 2007, um am Campingplatz zu erschließen. Das nenne ich maßstäblich sachgerechte, wohl überlegte Erweiterung.

Zu der Frage, wie wir dann weitergehen, kommen auch bedarfsorientierte Überlegungen. Ich warne nur davor zu glauben, wir könnten die Kapazitäten bis auf Null ausschöpfen und dann die Planungs-

und Entwicklungszeiträume aus der Betrachtung herauslassen. Ich denke, dass wir auch für den dritten und vierten Bauabschnitt Zeiträume von drei bis vier Jahren benötigen. Dann sind wir schon im Jahr 2010.

Dann stellt sich immer noch die Frage Reitstall: Wie gehen wir damit um, und was machen wir damit? Das heißt, wir haben hier nicht die Situation, dass wir gleichzeitig alles auf einmal erschließen, sondern wir haben eine modulartige Entwicklung der Westerweiterung. Das halte ich für klug, angemessen und richtig. Warum darüber im Moment eine so kraftvolle Debatte geführt wird, kann ich nur sehr begrenzt nachvollziehen. Die Leerstände, die wir im Technologiepark haben, sind überwiegend Leerstände in Investorenhäusern, wo das wirtschaftliche Risiko beim Investor liegt.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich habe bisher verzichtet, auf Sie einzugehen. Vielleicht ist das auch gut so!

Ich denke, dass wir in diesen Bereichen natürlich Konjunkturfolgen haben. Wenn Sie sich aber eine Nutzung ansehen, wie wir sie bei OHB haben, die können Sie in keinem Hochhaus machen. Sie können solche Hightechbereiche, auch technologisch im gewerblichen Bereich umgesetzt, nur in vernünftigen Liegenschaften machen, die allenfalls zwei- bis dreistöckig sind.

Insofern denke ich, dass wir beides brauchen. Wir brauchen die Nachverdichtung im Technologiepark auch in dem Angebot der Büroflächen. Dies wird in dem Maß erfolgen, wie private Investoren das wirtschaftliche Risiko für sich einschätzen, und nicht, wie der Wirtschaftssenator sagt, dass sie schnellstmöglich mit ihren Projekten möglichst wenig Geld verdienen sollen. Das heißt, sie müssen sich doch am Markt orientieren. Unser Vorwurf beim Space-Park geht doch nicht an uns, sondern an den Investor, dass er solch eine Maßnahme ergriffen hat, ohne sie durch eine entsprechende Nutzung vorher abzusichern.

Natürlich ist es dem Wirtschaftssenator lieb, wenn er Investoren hat, die diese Überlegungen auch anstellen, weil wir auch kein Interesse an leerstehenden Hochhäusern haben. Das heißt, wir brauchen die Nachverdichtung, wir werden in überschaubarer Zeit die Restflächen auch nutzen. Ich glaube, dass es schwierig wird wegen der vertraglichen Rückgabe, diese so genannten Nichtuniversitäts-Nutzungsflächen zu vermarkten. Wir haben eine erste in der Ausschreibung im Moment. Wir müssen einmal abwarten, wie es geht.

Wir haben bei den Parkflächen das Problem, dass die jeweiligen Investoren, wenn sie dies wollen, Parkflächen für ihre Bedarfe, aber nicht für die Bedarfe Dritter bauen wollen. Bei der Frage, ob wir ein öffentlich-rechtliches Parkhaus errichten wollen, würde ich meinen, muss sehr genau geprüft werden, ob sich das rechnet, oder welche Verluste die öffentliche Hand bei solch einem Bau einfährt. Wir können die Menschen nicht zwingen, so etwas zu tun.

Deshalb glaube ich, dass wir diese interne Verdichtung brauchen, dass wir merken, dass die Flächen knapp werden, dass wir die Zeitabläufe richtig kalkulieren, wenn wir die Westerweiterung modulweise machen. Wir werden natürlich Jahr für Jahr doch in die Zukunft sehen können, wie sich der Markt entwickelt. Wir haben es doch nicht allein in der Hand. Die Konjunkturlage ist nur so: Wenn die Konjunktur anspringt, hat derjenige den Vorteil, der die größtmögliche Qualität von Flächen anzubieten hat und im Flächenangebot besonders wettbewerbsfähig ist.

Wir bieten auch in der Überseestadt an, wir bieten am Airport an, auch in den Erweiterungsflächen, wir machen dort mit der Hochschule, wir machen mit der Luft- und Raumfahrt doch eine Fülle von Modellen. Wir sind natürlich auch im Science-Park dabei, das eine schließt doch das andere nicht aus. Wir müssen aber doch unser Paradepferd, den Technologiepark, sich so entwickeln lassen, dass es seine Kraft entfaltet.

Wir haben im Moment im Technologiepark die kritische Masse im positiven Sinn erreicht, dass dieser Park viele Investoren auch in Zukunft anziehen wird und dass er im Grunde genommen für uns eine große Chance ist, hochkarätige Arbeitsplätze zu schaffen auch für Mitarbeiter mit Hochschulabschluss, für eine gute Zusammenarbeit im Technologietransfer, mit einem hohen Innovationspotential und damit auch mit einer hohen Zukunftssicherheit.

Gerade wegen dieser hohen Zukunftssicherheit macht es Sinn, den Technologiepark weiter zu entwickeln. Ich hätte mir einen anderen Standort gewünscht, wir haben uns nolens volens in diesen gefügt. Ich warne ein bisschen davor, ihn ohne Not zu zerreßen. Ich denke, dass wir sehr vernünftig mit einer abschnittswisen Entwicklung dieser Westerweiterung gut vorwärts kommen, und wir sollten uns nicht ohne Not von den Grünen einreden lassen, dass wir Probleme hätten, die wir nicht wirklich haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Die Bewerbung Bremens als Kulturhauptstadt Europas 2010

Mitteilung des Senats vom 25. Mai 2004
(Drucksache 16/114 S)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns liegt die Mitteilung des Senats über die Bewerbung Bremens als Kulturhauptstadt Europas 2010 vor. Wir haben verabredet, heute über dieses Thema hier zu debattieren.

Die Bewerbung Bremens um die Kulturhauptstadt Europas ist eine große Chance für diese Stadt. Es wird Sie sicherlich nicht wundern, wenn jemand, der über viele Jahre Finanzpolitik gemacht hat, den Einstieg auch über diese Finanzpolitik wählt. Ich finde es richtig und wichtig, dass wir auch mit der Bewerbung um die Kulturhauptstadt weiter mit dem Sanierungsprogramm, das wir für diese Stadt und für dieses Land vorgesehen haben, fortfahren. Es ist verabredet, dass die Bewerbung eingebettet ist in die Sanierungsstrategie und dass die Sanierungsstrategie fortgesetzt und akzentuiert wird, um am Schluss eine Steigerung der Wirtschafts- und Finanzkraft dieses Landes herbeizuführen.

Das Kulturhauptstadtprojekt ist eine Investition, und zwar eine Investition, die mit Sicherheit private Folgeinvestitionen auslöst. Dies ist gerade für diese Stadt und dieses Land ein wichtiger Punkt. Wir werden mit dieser Bewerbung Innovationskräfte mobilisieren, wir werden neue Kompetenzen entwickeln, und wir werden die Attraktivität für Besucher, Einwohner und auch für Unternehmen in Bremen stärken. Entscheidend wird sein, nachhaltige Effekte zur Stärkung dieser Ausstrahlungs-, Anziehungs- und Bindungskraft Bremens zu erreichen, das heißt etwas für die Altbürger - wenn Sie so wollen -, die, die in Bremen wohnen, als auch für diejenigen, die wir hinzugewinnen wollen.

Das Konzept, welches uns vorliegt, ist auf die Zukunft ausgerichtet und geht von einem breiten, offenen Kulturbegriff aus, der - das war von Anfang an so auch abgestimmt - sowohl Wissenschaft und Forschung als auch Technologie einbindet. Die Besonderheit dieses Konzeptes besteht darin, dass der Strukturwandel und die Modernisierung zum Thema der Bewerbung gemacht werden. Die Bewerbungsschrift, die am Schluss abgegeben werden wird, umfasst zwei Bände. Der eine Band wird eine Bestandsaufnahme sein, und der andere wird das Zukunftsprogramm, „was Bremen will“, darstellen.

Wenn man den ersten Band betrachtet, kann man bei der Bestandsaufnahme sagen, Bremen ist eine komplette Stadt. Sie hat eine vielfältige Kulturszene, wir sind gerade - ein großer Erfolg - „Stadt der Wissenschaft 2005“ geworden, wir haben eine überragende Bürgerkultur, die begründet wird in der republikanischen Tradition. Denken Sie an den Kunstverein, an den Bürgerpark, an die vielen Stiftungen, die wir in Bremen haben! Wir haben interessante Partnerstädte, insbesondere Gdansk und Riga. Es gibt einen Letter of intent von Anfang dieses Jahres, dass wir mit diesen beiden Städten etwas gemeinsam machen wollen, eine Kooperation bei der Bewerbung zur Kulturhauptstadt. Diese Stadt Bremen hat keine Lücken, wir müssen keine Lücken schließen, aber - und das geht auch aus der Bewerbung und aus dem Beitrag hervor - diese Stadt erlaubt sich Eigenheiten und Eigensinniges.

Was heißt nun bewerben? Bewerben heißt, wie der Intendant der Kulturhauptstadt sagt, sich ins europäische Schaufenster zu stellen, und wenn man das tut, dann gibt es nichts mehr zu verdecken. Er spricht von der Tradition in Bremen des Ausräufelns nach innen und davon abzukommen und Akzente nach außen zu setzen. Dies, meine Damen und Herren, wird ein entscheidender Punkt sein bei der Bewerbung als Kulturhauptstadt, denn wir müssen über unseren Tellerrand hinwegsehen, wir müssen uns klar werden, dass das, was als Kultur hier in Bremen stattfindet, nicht nur für Bremen wichtig ist und nicht nur in Bremen gesehen werden soll, sondern insbesondere außen gesehen werden soll. Wenn man es mit dem Fußball vergleicht: Wir haben eben an dieser Stelle kein Heimspiel, wir haben an dieser Stelle ein Auswärtsspiel. Dies darf man nicht vergessen.

Deswegen gibt es auch zu Recht den Hinweis, dass Bremen lauter werden muss. Bremen muss sich deutlich artikulieren auch im Außenverhältnis, denn wir müssen den Nachteil ungleicher überregionaler Wahrnehmung ausgleichen. Das kann man nur dadurch, indem man zum Beispiel von

außerhalb gezielt Menschen einlädt in diese Stadt, um klar zu machen, welches Kleinod wir hier haben. Dafür gibt es viele Beispiele und Punkte, wie man es machen kann. Man kann zum Musikfest jemanden von außen einladen, man kann zum Roland-Fest jemanden von außen einladen und zu vielen anderen Veranstaltungen, die wir in dieser Stadt haben.

Wie kann nun in dieser nicht ganz einfachen Zeit Kultur helfen, die Stadt weiterzubringen? Ich glaube, es ist nicht erforderlich, Riesenspektakel zu machen oder ausschließlich große Events in Bremen zu veranstalten. Darum kann es nicht gehen. Das kann man auch machen, aber es kann nicht der alleinige Punkt sein.

Hierbei geht es mir um die Nachhaltigkeit. Es geht darum, hier etwas zu schaffen mit dieser Bewerbung und mit dem, was dann daraus folgen soll. Es muss um die Breite des Angebots gehen, es muss ein Angebot für alle sein, es muss eine Kontinuität da sein über längere Zeiträume, es darf nicht nur ein kurzes Aufbäumen sein, sondern es muss weitergehen, es muss Förderstrategien auf lange Sicht geben. Ideenreichtum und Qualität der kulturellen Angebote müssen vorhanden sein, die Kreativität muss eine Chance haben, damit sie sich entfaltet.

Es gibt aber einen wichtigen Punkt, und dieser ist vielleicht in der Vergangenheit so stark hier nicht beachtet worden. Es muss einen Wettbewerb der Ideen geben, denn ohne einen Wettbewerb der Ideen fehlt der Anreiz zu einer Qualitätssteigerung. Meine Damen und Herren, wir müssen in dieser Stadt zu einer Diskussion über Qualität kommen, über Qualität der Kultur muss gestritten werden. Der Anspruch, den wir haben, muss gesteigert werden, und wir müssen, wie der Intendant der Kulturhauptstadt sagt, weg vom Hang zur Selbstgenügsamkeit.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

An dieser Stelle muss sich etwas in dieser Stadt verändern.

Wir haben aber auch Ausgaben für Kunst und Kultur, und diese Ausgaben sind Zukunftsinvestitionen. Dabei will ich nicht die Diskussion, die wir in der Vergangenheit geführt haben, ob es sich um konsumtive oder investive Ausgaben handelt, fortführen. Das ist nicht mein Thema. Mein Thema ist hier, dass für Ausgaben für Kunst und Kultur es zusätzliches Geld geben muss für einen Prozess der Umstrukturierung und der Modernisierung. Nicht in die bestehenden Strukturen muss unbedingt investiert werden, sondern es müssen Ver-

änderungen stattfinden, denn wenn man in den Bereich der Kultur investiert, dann muss dies Wirkung haben, und die Wirkung muss in einer Stadt erkennbar sein, die sich offensichtlich in einem Umbruch befindet.

Investitionen in den kulturellen Regelbetrieb sind ohne Frage notwendig. Hier wird die große Koalition insbesondere auch in dem jetzigen Haushalt eine Menge tun, denn es ist, glaube ich, auch hier allen klar - und da gibt es auch eine Gemeinsamkeit -, dass man sich für eine Kulturhauptstadt nur dann bewerben kann, wenn es auch eine vitale Kulturstadt gibt, sonst funktioniert es nicht. Ich glaube, darüber sind sich aber mittlerweile alle einig. Es muss natürlich eine Finanzierung geben, und zwar eine Sonderfinanzierung, für das Projekt Kulturhauptstadt, für Projekte und für Infrastrukturvorhaben. Sie finden auch in der Vorlage und der Mitteilung des Senats, woran an dieser Stelle gedacht ist. Es wird die eben genannten Bereiche geben, in denen Geld zur Verfügung gestellt wird, um eben diese Bereiche der Kulturhauptstadt finanzieren zu können.

Wir nehmen die Bewerbung alle ernst, wir sind darüber nicht im Streit, was die Bewerbung angeht. Alle in diesem Hause wollen die Bewerbung. Wir fangen heute an. Wir ziehen Gott sei Dank noch - und ich hoffe, dass es auch so bleibt - am selben Strang,

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

vor allen Dingen auch noch in dieselbe Richtung. Wir machen nach der Abgabe der Bewerbung weiter, denn das ist der eigentliche Beginn für das, was wir hier tun müssen. Wir dürfen auch keine Zeit verlieren, es zählt jeder Monat. Das Tempo ist notwendig, und das Tempo, das bisher vorgelegt worden ist, darf nicht verlangsamt werden.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt weitere Schritte: das Roland-Fest, die Hansekogge, ab September das Bremer Weltspiel! Dies alles sind Maßnahmen, die im Grunde genommen in der Planung sind, die in den nächsten Wochen und Monaten hier stattfinden werden.

Meine Damen und Herren, mit der Bewerbung um die Kulturhauptstadt hat die Stadt den Nutzen von Kultur anerkannt. Konzentrieren wir uns auf das für Bremen wichtige Projekt Kulturhauptstadt! Wir haben die Chance, dass Bremen ein Modell dafür

werden kann, was Kultur in schwierigen Zeiten zu bewegen vermag. - Danke schön!

(Beifall)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist mir schon eine besondere Freude, anlässlich dieser Debatte von dem Vertreter der CDU-Fraktion, Herrn Dr. Schrörs, so viele kluge Worte über Kultur als Zukunftsinvestition und Nachhaltigkeit in der Kulturpolitik zu hören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Görtz [SPD]: Das hätte man auch gar nicht erwartet!)

Das heißt doch, dass wir offensichtlich doch in der Lage sind, voneinander zu lernen, und das freut mich natürlich!

Meine Damen und Herren, ich möchte gleich hier zu Beginn heute festhalten, egal, wie das Ergebnis dieser Bewerbung sein wird - es ist nicht wirklich egal, wir wollen natürlich gewinnen -, aber dass die Bewerbung auf jeden Fall richtig war und für Bremen ein sehr positiver Prozess, das können wir heute schon einmal festhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wissen, dass wir diese Initiative hier im Hause angestrebt haben und sehr froh sind, dass Sie diese Initiative aufgenommen haben. Es war von Anfang an nie nur ein grünes Projekt, nie als solches gedacht. Es war immer klar, wenn, dann muss es das Projekt der gesamten Stadt, aller Bremerinnen und Bremer, aller großen Akteure sein. Nur so können wir gemeinsam erfolgreich sein.

Diese Bewerbung, Herr Dr. Schrörs hat es auch schon gesagt, ist eine große Chance, sie ist aber auch eine große Herausforderung. Wir müssen den Blick auf Europa richten, uns in das Schaulfenster stellen. Wir müssen ganz neue Kooperationen eingehen. Wir müssen die Basis und auch die Finanzierung der kulturellen Basis im Blick haben, und wir müssen bereit sein, richtig etwas oben darauf zu legen, wenn wir diese Herausforderung erfolgreich bewältigen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich war von Anfang an davon überzeugt, vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung, dass es richtig ist, diese Bewerbung gemeinsam mit Riga und Gdansk zu betrei-

ben. Da sind jetzt die ersten Anfänge vollzogen. Es wird zu sehr schönen Kooperationsprojekten, zum Beispiel zwischen dem Jungen Theater hier in Bremen und Künstlern aus Gdansk und Riga, kommen. Auch darüber freue ich mich sehr, weil es eine neue europäische Qualität ist, dass Künstler von unten gemeinsam arbeiten und gemeinsame neue Projekte entwickeln. Das sind die wirklich starken Seiten von Europa, die es weiter zu befördern gilt.

Ich möchte auch noch einmal hervorheben, dass es aus meiner Sicht ausgesprochen richtig war und damit auch eine sehr richtige Entscheidung des früheren Kultursenators Dr. Böse, einen Bewerbungsintendanten von außen zu holen. Gerade wenn man die Bremer Kulturszene kennt mit ihren großen Stärken, aber auch ihren Schwächen, war es eine absolut richtige Entscheidung, jemanden zu holen, der so offenen Blickes hier in Bremen angekommen ist, der mutig ist, der Bremens Potentiale sieht, Bremens Stärken sieht, aber auch einen Blick für die Schwächen unserer Stadt hat und daraus etwas Neues und Positives gestalten möchte.

Wir haben nun die Kurzfassung der Bewerbungsschrift vorliegen, und mich hat besonders gefreut, wir haben es hier mit einer Veränderung der Sannierungsphilosophie zu tun. Kultur wird als eine Zukunftsressource begriffen, weil man davon ausgeht, dass wir nur mit Intelligenz, Kreativität, mit Talenten, mit jungen Köpfen diese Stadt wirklich nach vorn entwickeln können, und dazu brauchen wir die Kultur und die Künstler aus Bremen und die Europas.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch Sie, Herr Dr. Schrörs, haben eben davon gesprochen, dass wir es hier vom politischen Bekenntnis her eindeutig mit einer Aufwertung der Kultur, des kulturellen Angebots, aber auch der Kulturpolitik zu tun haben. Das war in den letzten zehn Jahren nicht selbstverständlich, und dass es hier heute gemeinsam so getragen wird, auch das freut mich. Ich finde, das ist ein Erfolg für die Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker der Stadt. Ich sage aber auch ganz deutlich, was aufgrund der Haushaltsprobleme in den nächsten Jahren passieren wird, welche Gelder dann wirklich bereitgestellt werden, das wird der Lackmusest auf die politische Ernsthaftigkeit dieser Bewerbung sein.

Ich glaube, und das will ich auch noch einmal deutlich sagen, ich gehe bei allen beteiligten Akteuren im Senat und hier in der Bürgerschaft davon aus, dass wir gemeinsam dieses große Projekt wollen. Ich möchte auch noch einmal für die Grünen ganz deutlich sagen, wir wollen diese

Großbaustelle, wir wollen dieses Großprojekt. Wir wissen um die finanziellen Dimensionen, wir halten es aber nicht für vergeudetes Geld. Es ist kein monostrukturiertes Projekt, sondern es ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Zukunftsinvestition in die wirklichen Ressourcen der Zukunft: Jugend, Intelligenz, gute Ideen, Lust auf Wettbewerb, Lust darauf, den Blick auf die ganze Welt zu öffnen und eine richtig produktive Spannung zwischen Bremer Potentialen und den Fähigkeiten von außen herzustellen. Darin liegt unsere Zukunft, technologisch, ökonomisch, aber auch kulturell.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir Kulturpolitiker werden heute nicht das erste Mal über die vorliegende Bewerbungsschrift. Mir gefällt das Konzept, das der Intendant Martin Heller mit seinem Bewerbungsteam vorgelegt hat, gut. Ich finde das Konzept, zwei Teile zu haben, erstens, was Bremen ist, das sehr genau zu beschreiben, auch mit dieser witzigen alphabetischen Struktur, von A wie Architektur bis Z wie Zukunft, sehr gut, und ich finde richtig, dass es einen zweiten, sehr ambitionierten Teil gibt, einen sehr ernsthaften Teil, was Bremen will, nämlich wo Visionen formuliert werden, wo formuliert wird, wohin unsere Reise gehen soll.

Es wird in dieser Bewerbungsschrift im ersten Teil deutlich, dass Bremen von der Architektur her, von der Mentalität, von den politischen Traditionen eine Stadt der Horizontalen ist. Gleichzeitig sagt man mit großem Wohlwollen für diese Tradition, für das, was Bremen ausmacht, was uns alle prägt, dass es aber auch den Mut zu Vertikalen braucht, dass wir etwas Herausragendes brauchen, dass nur in dieser Mischung, in dieser neuen Spannung, das Horizontale wertzuschätzen, zu sehen, es nicht kaputtmachen zu wollen und trotzdem den Mut zu etwas Neuem zu haben, was über das rein Horizontale hinausgeht, gerade die Zukunftspotentiale liegen. Das finde ich sehr richtig. Nur aus dieser Spannung kommt neue Kraft.

Trotzdem möchte ich, das werden Sie nicht anders erwarten, zu dem ersten Teil ein paar kritische Anmerkungen machen! Das habe ich auch schon bei unseren Debatten in den letzten Wochen gemacht. Es gibt - man merkt natürlich auch dieser Schrift an, dass nicht alles aus einer Feder stammt - sehr unterschiedlich geschriebene Texte, manche sehr flott, andere eher ein bisschen bemüht. Es gibt vor allen Dingen aber den Teil zur großen Koalition und die Legitimierung ihrer bisherigen Politik der Finanzen und Großprojekte. Sie werden nicht erwarten, dass ich das alles unterstreiche. Ich sehe mich auch nicht gezwungen,

das alles richtig zu finden, was darin steht, aber, und das interessiert mich viel mehr, die Frage ist, was in Zukunft eigentlich passieren soll.

Dieser zweite Teil, der, wie gesagt, sehr ehrgeizig ist, atmet Aufbruch, der will die Welt nach Bremen holen. Dieser Teil ist sehr interessant, und deswegen möchte ich dazu noch einiges sagen! Es geht, wie gesagt, um neue Potentiale. Wir haben eben schon gehört von neuen Technologien und der Wissenschaftsentwicklung, und dass Bremen für 2005 City of Science geworden ist, ist ein riesiger Erfolg, der uns gemeinsam freut. Die Zukunftsressourcen also wirklich in den Blick zu nehmen, Intelligenz, Talente, Kreativität, und Herr Heller mit seiner besonders feuilletonistischen Art und Weise nennt das, was Bremen wirklich auszeichnet, dass wir Brutstätten und Besessene haben, das ist in der Tat besser als leere Nester und Erlöschene, und dass man einen Blick dafür haben muss, dass Leute, die wirklich etwas vorhaben, die Ideen haben und in dem Sinne nicht pathologisch Besessene, sondern Leute, die es wirklich treibt, etwas zu erreichen und die sich auch nicht so schnell davon abhalten lassen, dass man diese kulturpolitisch fördern muss und dass man natürlich sensible Antennen braucht, genau diese auch zu erkennen und denen Möglichkeiten der Entwicklung zu eröffnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im zweiten großen Teil der Bewerbungsschrift, in dem aufgezeigt wird, wohin Bremen will, geht es vor allem um Partizipation. Es geht darum, den Leuten klar zu machen, es geht hier nicht um die Elite oder um Elfenbeintürme, sondern es geht wirklich um ein breites Angebot für alle Bremerinnen und Bremer. Die Volkshochschule zum Beispiel hat so eine schöne Idee geboren, Bildungsalons in der ganzen Stadt zu machen, sich auch in Privathaushalte einladen zu lassen, in Schulen, in Bildungseinrichtungen, in Altentagesstätten, Bildungsalons in der ganzen Stadt zu machen, also im besten Sinne verstandene Teilhabe, den Blick für all diejenigen zu öffnen, die vielleicht nicht ganz von allein dahin kommen.

Außerdem verschanzt man sich auch nicht in irgendwelchen Kulturinstitutionen, so sehr es da auch um die Förderung unserer ehrwürdigen Kulturinstitutionen geht, sondern macht den Blick für wirklich engagierte Populärkultur auf, man will Cross-over-Projekte. Was mich besonders gefreut hat: Die Kinder und Jugendlichen werden ernst genommen. Diejenigen, die jetzt diese Bewerbung geschrieben haben, wissen, dass ein Generationenwechsel in Bremen ansteht, und sie sagen natürlich, 2010, das ist noch ein paar Jahre hin. Wir müssen den Weg dahin gehen, dass wir deutlich

machen, dass wir die Potentiale wecken. Dann werden aber diejenigen, die jetzt 15 sind oder auch erst zehn, zum großen Teil diejenigen sein, die an diesen Ideen teilhaben wollen, und dieser schöne Titel „Mit Kultur wachsen“, das, finde ich, ist wirklich gute Kinder- und Jugendpolitik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann gibt es diese schöne Idee, auch das hat viel mit dieser Idee zu tun, den Blick aufzumachen und die Welt nach Bremen zu holen, das Bremer Weltspiel. Jeder, der in der Welt unterwegs gewesen ist und da eine tolle Idee kennen gelernt hat, ist eingeladen - dieses Projekt ist auch schon mit Hilfe von Privaten finanziert -, diese Idee nach Bremen zu holen, um hier etwas Neues daraus zu machen und deutlich zu machen, Bremen will alle diese tollen Ideen aufgreifen, also sowohl hoher Anspruch wie große Teilhabe für die ganze Stadt, und alle, die Lust haben mitzumachen, sind herzlich eingeladen. Das, finde ich, passt gut zur Bremer Tradition, möglichst viele Menschen anzusprechen, und trotzdem atmet es den Geist, wirklich etwas Neues machen zu wollen.

Ich komme zum Schluss! Nicht alle Teile sind wirklich gleich gut, gleich gut formuliert, gleich gut ausgearbeitet. Das muss aber auch noch nicht sein. Wichtig ist vor allem, dass die richtigen Potentiale genannt sind. Die Basis muss stimmen. Das wird vor allem die Aufgabe dieses Hauses sein, für den Kulturretat, der die Basisfinanzierung, die Regelfinanzierung machen muss, zu sorgen und gleichzeitig die Sonderfinanzierung sicherzustellen, denn was wir hier vorhaben, ist wirklich ein ganz großer Schritt für Bremen.

Ich wünsche mir sehr, dass das Bewerbungsteam und alle, die daran mitarbeiten und diese Bewerbung tragen, erfolgreich sein werden. Wie gesagt, wir Grünen wollen dieses Großprojekt, weil es eine besondere Art von Großprojekt ist, und ich finde persönlich, das, was uns an Bewerbungsschrift vorliegt, 70 zu 30 Prozent positiv, und das, finde ich, ist bei solchen Papieren schon sehr viel. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer die kulturpolitischen Debatten der letzten Jahre - und ich nehme schon

länger daran teil, das weiß auch jeder, ich habe auch keine ursprüngliche finanzpolitische Identität wie der Kollege Dr. Schrörs - verfolgt hat, freut sich darüber, dass es in einer gemeinsamen überparlamentarischen Anstrengung gelungen ist, einen solchen Bewerbungsprozess voranzutreiben und dieses Projekt auf die Schiene zu bringen.

Wir wissen alle, dass das vor vielen Jahren nicht selbstverständlich war, eine aktive Rolle der Kultur auch in der Sanierungsstrategie des Landes durchzusetzen, und daran haben, wenn ich das sagen darf, nicht nur wir uns beteiligt als Politikerinnen und Politiker aller Parteien, sondern es hat auch eine Öffentlichkeit gegeben, die sich unterstützend beteiligt hat und diesen Prozess sehr offen mitgetragen hat. Ich glaube, in Bremen gibt es ein ausgesprochen einmaliges Klima des kulturellen Diskurses, der kulturellen Kommunikation und der Bereitschaft der Gesellschaft, Kultur zu fördern und sie nicht nur die Sache des Staates sein zu lassen.

Auch diese Haltung des Bürgerengagements und der offenen Diskussionskultur hat gute Tradition und findet letztendlich in diesem Gesamtprojekt, so wie es sich auch entwickelt, Ausdruck, und das ist mir wichtig hervorzuheben. Dies war nicht nur ein politisches, sondern ein Allemannsmanöver der Stadt. Das ist in jedem Fall bemerkenswert und begrüßenswert.

(Beifall bei der SPD)

Zur Bewertung der vorliegenden Schrift im Einzelnen, glaube ich, sollten wir hier nicht kommen, insbesondere weil sie nur eine sehr vorläufig akzentuierte ist. Wir bekommen noch zwei ausführliche Bände. Deswegen möchte ich etwas zur Philosophie des Papiers sagen und schließe da an meine Vorrednerin und meinen Vorredner an.

Es ist anerkannt, dass Kultur Teil der Sanierungsstrategie ist, dass das kulturelle Projekt, und das ist wichtig, in einen mittelfristigen dynamischen Prozess eingebunden ist. Aber genauso wichtig ist es, und das wird nicht erst mit der Abgabe der Bewerbungsschrift, die ist die eine Arbeit, die intensiv intern und sehr konzentriert gelaufen sein muss, entwickelt werden, genauso wichtig ist es, dieses Projekt in der Stadt zu verankern. Wir sind nur dann gut und werden nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn man nicht nur zur Abgabe der Bewerbungsschrift über Bremen Positives liest.

Die Verankerung der Kultur in der Stadt, die Aufnahme in der Bevölkerung und alles, was dazu gehört, und das dürfen nicht nur Initiativen, das dürfen nicht nur Politiker, das dürfen nicht nur Projektmanager tragen, das muss in die Stadt auch

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

pointiert hineingetragen werden. Dazu bietet das Roland-Fest sicherlich einen ersten guten Anlass. Wir müssen aber, denke ich, auch weiter an Strategien arbeiten, wie wir das organisieren. Es ist schon das Dilemma des Kulturhaushaltes im Verhältnis zur Kulturhauptstadtbewerbung und dazu in Aussicht genommenen Mitteln beschrieben worden.

Ich stehe sehr hinter dem Papier, das auch davon ausgeht, dass Synergien geschaffen werden. Ich glaube, wenn wir nicht zu einem Abstimmungsprozess zwischen verantwortlicher Kulturpolitik auf der einen Seite und den Projektmanagern und dem Senat mit seiner Steuerungsidee auf der anderen Seite kommen, haben wir wenig Chancen, eine konzeptionell strukturierte Politik abzuliefern.

Bremen hat viele Dinge, die einmalig sind, und wir sind auch jetzt schon in der Lage, einen roten Faden in Bremens Kulturpolitik zu erkennen und Dinge, die herausragend sind. Bremen hat ein ausgesprochen gutes grundständiges Kulturangebot, ob das Theater sind, Musikangebote, Museen, die freie Kulturszene, die Einrichtungen der kulturellen Bildung oder Bürgerhäuser. Bremen hat herausragende Ereignisse und herausragende Träger von inhaltlicher Arbeit. Natürlich gibt es vieles zu verbessern, das ist richtig, aber das Potential ist da, das hat auch Martin Heller in seiner Bewerbungsschrift anerkannt, und deswegen hat er sie auch sehr ernst genommen. An dieser Stelle auch all denen, die aktiv daran gearbeitet haben, meinen herzlichen Dank!

Ich glaube nur, dass wir bei einer Sache genau hinschauen müssen. Da müssen wir aus Städten lernen, die nicht nur positive Erfahrungen gemacht haben mit dem Ausgeben von Eventgeld und Projektstruktur. Das ist es nämlich, dass wir genau hinschauen, worin wir investieren. Das gilt sowohl für architektonische Highlights im Einzelnen als auch für die Projektkonzeption an sich, und Referenzprojekte, die den konsumtiven Bereich betreffen. Nachhaltigkeit ist die Herausforderung, und da brauchen wir Zeit, Raum und eine gute Strategie, Prozesse miteinander abzustimmen, damit dieses Projekt auch die Chance hat, das zu werden, was es in Glasgow oder Graz war, nämlich Beitrag zum aktiven Strukturwandel der Stadt. Anders ist es in diesen schwierigen Zeiten nicht vermittelbar, und anders wird es auch keine Träger in der Stadt geben. Es muss nicht bei uns ankommen, es muss nicht bei Fachleuten ankommen, sondern es muss in der Bevölkerung ankommen. Die Bevölkerung muss sagen können, das ist etwas, was identitätsbildend ist, was unser Rückgrat stärkt, was uns alle stolz macht.

Den Van-Gogh-Effekt im Kleinen auf die ganze Stadt in der Breite übertragen, ist, glaube ich, die Herausforderung, die wir alle haben. Wenn ich etwas dazu sagen darf, dann wäre mir daran gelegen, dass wir auch überlegen, welches Kooperationsverhältnis zum grundständigen Kulturangebot da ist, und das bedeutet, das eine ist, externe Ressourcen einzukaufen, das andere ist, vorhandene zu nutzen und klug zu steuern und auch Verankerung und Kommunikation möglich zu machen.

Die Förderung von Produktion würde ich mir neben den schon gesetzten Schwerpunkten regionalwirtschaftlicher Effekte, Ausstrahlungsfähigkeit der Stadt sehr wünschen. Kulturelle Produktivität, die Förderung der Künste, die Förderung der Wissenschaften, die Förderung vieler Bereiche, die auch zukunftsfördernd für Kinder und Jugendliche sind, haben aus meiner Sicht Schwerpunkte, und das ist das inhaltliche Herz, das bleiben muss. Das kann man nicht immer in Besucherzahlen messen und quantifizieren, sondern die Stadt braucht ein inhaltliches Potential. Kultur kann einen Beitrag dazu leisten. Das ist wichtig, und wir werden uns, denke ich, anstrengen müssen, in einer guten Abstimmung aller Gremien, die miteinander arbeiten, aber auf keinen Fall nebeneinander arbeiten dürfen, diese Prozesse zu gestalten.

Wenn man sich die Debatten in anderen Bereichen anschaut, dann würde ich mir eines wünschen, das ist hier auch deutlich geworden: Wir haben hier ein Allemannsmannöver hinbekommen, und es wäre mein Wunsch, dass wir auch in anderen gesellschaftlich relevanten Bereichen ein Allemannsmannöver durchsetzen und nicht tagespolitische Profilierungssucht und Klientelbefriedigung solche Lösungen ausschalten. Das kann man aus dem Projekt Kulturhaushalt, denke ich, als Allererstes lernen. Das ist für mich auch wichtig für die Kulturhauptstadtbewerbung und die Konzeption. Lassen Sie uns das anpacken!

Ich persönlich hätte noch einen Wunsch. Es gibt eine ausführliche Bewerbungsschrift, die ist konzeptionell für Fachkreise unterlegt, es gibt eine noch ausführlichere, die wir demnächst in Händen halten werden. Sie hat 320 Seiten. Ich würde gern, wenn wir schon Geld dafür ausgeben, auch noch Raum für eine kleine Schrift haben, die man in jede Amtsstube, in jeden Haushalt, in jede Familie packen kann, damit jeder Bremer und jede Bremerin in der Lage ist, unser Projekt zu kommunizieren, es sich zu Eigen zu machen, seinen roten Faden zu erkennen, seine Lieblingsargumente nach draußen zu tragen, in seine Familie, in seinen Bekanntenkreis, wenn er unterwegs ist, und dass wir eine Marketingstrategie organisieren, die Bremen nicht nur, ich sage einmal, über Umland-

fahrten bekannt macht, sondern über das, was das Herzstück der Stadt ausmacht.

Kultur ist ein belebender Ansatz, dies kann sie sein. Diese Chance muss genutzt werden, aber bitte vor dem Hintergrund, dass Kulturförderung und Kunstförderung neben den bezifferten Effekten, die nicht in Rede gestellt werden, auch immer für die Betroffenen, die gestalten und produzieren, aber auch für diejenigen, die rezipieren, die konsumieren, einen Eigenwert an sich hat. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Soviel Einigkeit stimmt natürlich froh und zufrieden. Auf der anderen Seite ist es so, eine Bewerbung mobilisiert natürlich Energien, mobilisiert Kreativität. Ich glaube, dass das nicht schaden kann, und wenn es sich kulturpolitisch entwickelt, entspricht es einem hohen Bedürfnis ganz vieler Menschen. Ich glaube, dass wir nicht nur, um den erweiterten Kulturbegriff zu beschreiben, dies tun, sondern dass wir es tun, weil ich glaube, dass jeder Wettbewerb, an dem wir uns beteiligen, uns ein Stück weiter nach vorn bringt, uns auch eine Chance gibt, daran zu arbeiten, in bestimmten Feldern Überdurchschnittlichkeit zu erreichen, auch im Grunde genommen eine überdurchschnittliche Kreativität zu entwickeln.

Wir spielen mit der Bewerbung zur Kulturhauptstadt nicht gegen die übliche Finanzierung der Kultureinrichtungen, sondern die institutionelle Förderung der Einrichtungen bleibt erhalten, und wir setzen oben darauf den Wettbewerb der Einrichtungen, den Wettbewerb der freien Szene, den Wettbewerb von uns allen, den Wettbewerb der Bürger - was hier zur Partizipation gesagt worden ist, ist richtig -, um im Grunde genommen eine kulturfreundliche, eine Kultur nicht nur konsumierende, sondern eine Kultur produzierende, Kultur schaffende Stadt zu werden. Ich glaube, dass uns das helfen wird.

Martin Heller hat häufig gesagt, das ist ein noch zu großer Anzug, wir müssen da hineinwachsen. Dieses Hineinwachsen in einen etwas zu großen Anzug ist ambitiös. Menschen, die keine Ambitionen haben, sind meistens langweilig. Das heißt, wenn wir mit diesen Dingen ambitiös umgehen, wenn wir nach vorn in die Zukunft schauen, müssen wir uns die Fragen vorlegen: Wie sieht denn ein Konzerthaus der Zukunft aus, wie sieht ein Übersee-Museum der Zukunft aus, wie sieht eine

soziokulturelle Einrichtung der Zukunft aus, wo sind die Probleme, wie sind die Strukturen, wie arbeiten wir damit? Wie schaffen wir kulturelle Netzwerke mit Kindern, mit Jugendlichen, wie bringen wir Erwachsenenbildung, Erwachseneninformation, Erwachsenenengagement über Kultureinrichtungen und Kulturaktivität in unsere Stadt? Wie schaffen wir die Internationalisierung, die wir in der Wirtschaftspolitik haben, auch in den Kulturbereich?

Weil das so ist und weil wir natürlich von dem Wissenschaftsstandort profitieren, von einem überdurchschnittlichen Bildungsstandort profitieren, von einem überdurchschnittlichen Wirtschaftsstandort profitieren, von einem überdurchschnittlichen Kulturstandort sowieso profitieren, können wir diese Dinge nicht gegeneinander auspielen, sondern wir müssen sie nebeneinander und miteinander weiterentwickeln.

Ich glaube, dass die zusätzlichen Projektmittel, die wir haben, investive und konsumtive Möglichkeiten schaffen. Es hat in den Einrichtungen Gott sei Dank nur ganz in der Anfangszeit eine Debatte darüber gegeben, ob denn die Bewerbung für die Kulturhauptstadt einzelnen Einrichtungen schaden würde oder zu ihren Lasten ginge. Diese Bewerbung geht allenfalls zu Lasten derjenigen, die keine Freude haben, sich im Sinne der Bewerbung anzustrengen, weil natürlich dieser Wettbewerb, für den wir auch Mittel zur Verfügung stellen, dann seine Sinnhaftigkeit bekommt, wenn die Projekte, die in diesen Wettbewerb kommen, auch so gut sind, dass sie wirklich förderungswürdig sind.

Wir sind uns, glaube ich, einig, dass es gelegentlich eine gewisse Diskrepanz zwischen der freiwilligen Selbsteinschätzung und einer gewissen Objektivierung von Sachverhalten gibt. Auch kulturschaffende Persönlichkeiten haben gelegentlich ihren eigenen Narzissmus.

(Abg. Frau Emigholz [SPD]: Politiker aber auch!)

Das ist mir noch gar nicht aufgefallen, Frau Emigholz!

(Heiterkeit)

Ich denke, dass wir insgesamt über diesen Wettbewerb, über die Kreativitätswettbewerbe sehr wohl sortieren können, wohin wir uns entwickeln wollen. Das ist der große Vorteil von Martin Heller, nicht nur, dass er das alles so schön formuliert, dass es gut rutscht und dass er im Grunde auch Schwächen und Stärken ganz gut ablichtet, sondern das Eigentliche der Bewerbung ist, dass wir bremisch bleiben, dass wir eine authentische Bewerbung abgeben, dass wir uns authentisch ver-

halten, dass wir uns nicht verkrampfen, dass wir nicht manierten Stilismus betreiben, sondern dass wir frisch, fröhlich und munter daran gehen, diese einzelnen Projekte in den Einrichtungen mit Leben zu füllen und dass wir das so authentisch und so natürlich und auch so eigenwillig, vielleicht auch eigensinnig, wie Bremer nun einmal sein können, tun und es vortragen.

Ich glaube, dass wir gut beraten sind, keine Mainstream-Bewerbung zu machen, dass wir gut beraten sind, nicht Klischees zu transportieren, weder kulturpolitische Klischees noch irgendwelche Fata Morgana sortieren oder potemkinsche Dörfer bauen. Das hilft uns alles nicht weiter. Ich habe mehrfach gesagt, und ich sage es hier auch wieder: Die Bewerbung ist für uns ein Prozess, der bis zum Jahr 2010 geht und dann weiter. Das ist ein Prozess, in den wir freiwillig gehen. Das ist sozusagen ein uns selbst auferlegter Verpflichtungsgrad. Weil das so ist, kann niemand empfehlen, dass für den unwahrscheinlichen Fall, dass wir nur Zweiter werden, wir dann plötzlich das Buch zumachen und sagen: Hat nicht geklappt, nun hören wir auf! Ich glaube, dass dieser Prozess uns allen gut tut, dass er der Stadt gut tut, dass er beiden Städten gut tut, dass er uns hilft, anspruchsvolle Menschen für Bremen zu interessieren, kulturpolitisch Interessierte nach Bremen zu holen.

Ich glaube, dass wir die Tendenzen, die wir mit wachsender Bevölkerung, mit wachsender Wirtschaftskraft, mit wachsender Wissenschaftsinformation haben, über diese kulturpolitische Seite ganz erheblich verstärken können. Deshalb ist es so, dass wir diesen Weg jetzt unbeirrt nach vorn gehen. Zwischendurch wird irgendjemand bewerten, ob er das für super oder für nicht ganz so super hält, und wir gehen den Weg trotzdem weiter. Die Kulturhauptstadtwerbung macht für uns nur dann Sinn, wenn wir Kulturhauptstadt leben wollen, wenn wir es am Ende sind und es ausfüllen. Das bedeutet nicht, dass wir sozusagen irgendeine Terminarbeit abliefern und uns nach der Terminarbeit in die Hängematte legen können, sondern dass wir einen neuen zusätzlichen massiven politischen Schwerpunkt mit dieser Bewerbung in unsere politische Arbeit und in das geistige und kulturelle Leben unserer Stadt einpflanzen. Ich hoffe, dass das gut gedeiht.

Ich hoffe, dass es uns gelingt, letzte Zweifler, die es hier und da gibt, zu überzeugen, auch vielleicht den einen oder anderen Opportunisten, der glaubt, eine solche Bewerbung könnte wohlfeil dazu beitragen, die eigenen Etatwünsche schnell zu bedienen, ohne dass die entsprechende Leistung dafür erbracht werden muss. All dies wird nicht passieren. Weil wir wenig Geld haben, müssen wir sehr sorgfältig damit umgehen und müs-

sen natürlich auch dafür Sorge tragen, dass wirklich ein Wettbewerb entsteht und nicht nur eine Verteilung von Haushaltsmitteln. Diese Wettbewerbsfragen werden wir alle gemeinsam kritisch begleiten. Alle sind eingeladen, mit eigener Kreativität dazu beizutragen.

Insbesondere bei dem Weltspiel würde ich mich freuen, wenn hier bei uns in Bremen, wenn in der Politik und in allen anderen Bereichen diese Beteiligung an dem Weltspiel stattfindet, denn es gibt kaum einen Bereich wirtschaftlicher Tätigkeit, pädagogischer Tätigkeit, inhaltlicher, wissenschaftlicher Tätigkeit, bei dem nicht internationale Verflechtungen da sind. Ich erhoffe mir, dass wir die Internationalität unseres Standortes, den Anspruch unseres Standortes, unserer Stadt, dieser ältesten freien und unabhängigen Stadtrepublik in besonderer Weise unterstreichen. Dass das bisher so einhellig geht, ermutigt. Einhelligkeit hat gelegentlich aber auch einen etwas einschläfernden Charakter, das heißt, die Einhelligkeit ist keine Alternative zu einem kreativen Wettbewerb. Dieser Wettbewerb steht ins Haus, und er muss geleistet werden. Er muss von den Einrichtungen geleistet werden und von allen geleistet werden.

Ich wünsche uns viel Erfolg auf dem Weg, und wenn es noch zu einer Nominierung führt, dann ist es ein besonders guter Erfolg, aber erfolgreich wird diese Bewerbung für Bremen in den Jahren, die vor uns liegen, allemal sein. Deshalb bedanke ich mich sehr für die Solidarität!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 16/114 S, Kenntnis.

Vorhaben- und Erschließungsplan 20 mit Deckblatt (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Hotels auf dem Gelände der Galopprennbahn Vahr in Bremen-Sebaldsbrück

Mitteilung des Senats vom 20. April 2004
(Drucksache 16/90 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine alte Kamelle, Herr Kollege Focke, ist der Vorhaben- und Erschließungsplan keineswegs. Wir sollen heute den Vorhaben- und Erschließungsplan zum Bau eines Hotels auf dem Gelände der Galopprennbahn in der Vahr beschließen. Wir Grünen werden dies nicht mitmachen, und zwar nicht, weil Bausenator Eckhoff auf einem Bagger den ersten Spatenstich vollführte, noch bevor überhaupt der Bauantrag genehmigt wurde. Das allein war schon ziemlich unverfroren,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

sich einmal eben so am rechtlichen Verfahren vorbei fotografisch in Szene zu setzen. Nein, das ist nicht der eigentliche Grund!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das passt aber gut zum Vorhaben!)

Das ist kritikwürdig, das haben wir auch so gesagt! Es geht uns aber um die Verknüpfung des Hotels mit der Trainingsrennbahn in der Mahndorfer Marsch. Diese Trainingsrennbahn in der Mahndorfer Marsch wollen die Grünen nicht!

Ursprünglich erschien uns die Idee eines Hotels an der Galopprennbahn eigentlich eine gute Idee, aber bevor wir dem zustimmen wollten, hatten wir natürlich die Frage, ob sich das Hotel in seinen Abläufen mit der Galopprennbahn in der Vahr verträgt. In der Deputationssitzung am 15. November 2001 versicherte Herr Kniemeyer, damaliger Chef des Planungsamtes, dass es durch die Errichtung eines Hotels keine Auswirkungen auf die Rennbahn gäbe. Daher stimmten wir im Jahr 2001 dem V- und E-Plan zu. In der gleichen Deputation haben wir damals den Planaufstellungsbeschluss zur Trainingsrennbahn in Mahndorf abgelehnt, denn wir sind der Meinung, dass dieses Projekt auf den Müllhaufen der Geschichte gehört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine Trainingsrennbahn in der Marsch bedeutet Zerstörung des Marschgebietes, das bedeutet falsche Aussagen zu den Investitionskosten, das bedeutet Rüge des Rechnungshofes, das bedeutet Abspringen des Hauptpächters, Zweifel an der Wirtschaftlichkeit. Die Liste ist lang, die gegen dieses Unsinnprojekt spricht.

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Wir Grünen wollten sicher gehen, dass wir mit unserer Zustimmung zu dem Hotelbau nicht gleichzeitig diesem Geldverschwendungsprojekt den Weg bereiten. Um so erstaunter war ich dann, als es in der Baudeputation am 22. März 2002 auf einmal hieß, der Hotelbetrieb sei unvereinbar mit dem Trainingsbetrieb auf der Galopprennbahn.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Weil es ein Hotel geben sollte, müsste nun auch ein Trainingsbetrieb her, nämlich in der Mahndorfer Marsch. So lautete die Begründung für den B-Plan 2244. Daraufhin habe ich meine Zustimmung zum Bau des Hotels auf der Galopprennbahn zurückgezogen, weil ich der Meinung bin, dass Täuschung und Falschinformation keine guten Grundlagen für den Bau eines Hotels sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für sich genommen ist das Hotel eine gute Sache, aber, meine Damen und Herren, und da richte ich mich besonders an die SPD, Sie haben uns versprochen, jede Investition auf den Prüfstand zu stellen. Dann bitte ich Sie, fangen Sie bei diesem unsinnigen Projekt an! Beerdigen Sie endgültig die Trainingsrennbahn, beerdigen Sie endgültig dieses Unsinnprojekt! Wenn Sie das getan haben, dann sind wir auch für den Bau eines Hotels auf der Galopprennbahn. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)²⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will das ganz kurz machen, weil Sie, Frau Krusche, ja auch wieder alles durcheinander gebracht und von Dingen geredet haben, die in diesem Vorhaben- und Erschließungsplan überhaupt keine Rolle spielen, nämlich die Trainingsbahn in Mahndorf. Nun sagen Sie, das ist alles Steuerverschwendung. Jetzt, wo die privaten Investitionen anfangen, das sind nämlich die entscheidenden, die wir damit generiert haben, nämlich der Hotelneubau und auch die Trainingsbahn in Mahndorf, die ja auch von Privaten gebaut wird, da fangen Sie an und sagen, das ist Geldverschwendung. Das ist Quatsch, meine Damen und Herren! Das ist nur der Vollzug der Politik, wie wir sie hier durchgeführt haben.

(Zuruf der Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen])

²⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Ja, jetzt wird enormes privates Kapital generiert, und das ist hervorragend für den Standort Bremen, meine Damen und Herren, das ist so!

Wir haben den Vorhaben- und Erschließungsplan schon im Jahr 2002 beschlossen. Der Erbbaurechtsvertrag ist erst im Jahr 2003 abgeschlossen worden, deswegen haben wir auch darum gebeten, so lange mit der Beschlussfassung im Senat und in der Bürgerschaft zu warten, bis dieser Erbbaurechtsvertrag abgeschlossen worden ist. Der ist abgeschlossen worden, ist auch eingesehen worden von mehreren Mitgliedern. Es ist auch alles für in Ordnung befunden worden. Jetzt wollen wir ihn heute endgültig in der Bürgerschaft verabschieden. Das ist auch sehr gut so, denn der Bauantrag ist gestellt, die Baugenehmigung ist mittlerweile erteilt worden, und der Bauherr beabsichtigt, in Kürze anzufangen. Deswegen, finde ich, sollten wir den jetzt auch ohne weitere große Diskussionen beschließen. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Kollege Pflugradt, so sind die Zeiten nun einmal, manchmal ändern sich Dinge.

(Zuruf des Abg. Pflugradt [CDU])

Da war ich noch nicht reif, diese Diskussion zu führen.

Wir haben hier ja in der Tat, meine Damen und Herren, einen Bebauungsplan vorliegen, der eine lange und wechselvolle Geschichte hinter sich hat. Ich will nur auf drei Faktoren hinweisen. Das Erste ist, Frau Krusche hat es angesprochen, die Überprüfung von Investitionen. Dieses Thema Galopprennbahn Vahr

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Trainingsrennbahn!)

ist sozusagen der Ursprung aller Investitionsüberprüfungen, die wir überhaupt gemacht haben inklusive Trainingsrennbahn. Wenn Herr Focke jetzt das private Engagement lobt, dann verstehe ich das auch als ein Kompliment an die SPD-Fraktion, weil es nämlich so gewesen ist, dass das öffentliche Invest ganz groß sein sollte und wir als Fraktion im Jahr 2000 gesagt haben, das machen wir

nicht mit, da müssen die Privaten mehr heran, das öffentliche Invest muss herunter. Das ist umgesetzt worden, das finde ich gut! Das war sozusagen der Beginn eines Weges, den wir jedenfalls als Sozialdemokraten seitdem gehen. Von daher ist das auch ein unter dem Gesichtspunkt zu betrachtendes Projekt.

Zweites Thema in dem Zusammenhang: Da geht es immer um die Pferde und ums Reiten, und dieses Projekt hat wirklich Veränderungen erfahren, das ist schon erstaunlich. Heutzutage ist es ja so, dass wir, und das wird auch aus dem Bebauungsplan ersichtlich, dort nicht mehr nur Galopprennen durchführen, sondern ich lerne jetzt auch, von Jahr zu Jahr werden es weniger Galopprennen, und am Ende des Tages ist es so, dass wir jetzt inmitten dieser Bahn einen Golfplatz eingebaut bekommen.

Auch so reifen manche Projekte, die mit großem Getöse vorhergesagt wurden und kommen zu etwas Neuem, aber nicht Negativem, denn es soll ja offensichtlich Golf zum Volkssport machen, da man dort nicht den ganzen Nachmittag verbringen kann, sondern sich dort auch kurzzeitig bewegen kann. Eine Weiterentwicklung, die wir als Sozialdemokraten an der Stelle auch richtig gefunden haben, und dass damit im Zusammenhang steht, dass der Trainingsbetrieb dort nicht mehr stattfinden kann, war jedenfalls allen von Anfang an klar. Wir warten jetzt gespannt, dass endlich die Investitionen auf der Trainingsrennbahn, auch dort mit privatwirtschaftlichem Engagement, sich realisieren lassen. Man darf darauf wohl sehr gespannt sein.

Diese wechselvolle Geschichte hat ja aber dann ihren letzten Höhepunkt gehabt, Frau Krusche sprach das an, als sozusagen zur Krönung dieser Erfolgsgeschichte der Bausenator im Eifer des Neuantritts seines Amtes schon auf den Bagger gestiegen ist, obwohl noch gar keiner wollte, dass der Bagger fährt, weil nämlich noch gar kein Bauantrag vorgelegen hat. Auch das gehört zu der Geschichte dieses Projekts. Also, Strich darunter, Ende gut, alles wird hoffentlich gut!

Ich will noch einen sehr ernsten Punkt ansprechen. Die Zusage, die damit verbunden war, dass hier investiert wird und dass hier eine Erneuerung stattfindet, war immer die, dass dort wirtschaftliche Aktivität in Gang kommt, dass der Tourismusstandort gestärkt wird und dass wir damit auch den jährlichen Zuschuss, den die Bremer Rennbahn, der Bremer Rennbahnverein, die Bremer Rennbahngesellschaft bekommen, absenken können. Darauf wartet man immer noch ein bisschen.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Ich erwarte aber, dass auch dort seitens des Wirtschaftssenators, der ja für den Galoppsport an der Stelle offensichtlich fachlich im Senat zuständig ist, die entsprechenden Schritte eingeleitet werden. Unter dem Strich werden wir hier diesen Bebauungsplan, wie wir es auch in der Deputation gemacht haben, beschließen und hoffen, dass das Ganze zu einem guten Ende kommt. - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Vorhaben- und Erschließungsplan 20 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2005, 2006, 2007 und 2008
Mitteilung des Senats vom 27. April 2004
(Drucksache 16/92 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor ich in die Abstimmung eintreten lasse, darf ich noch darauf hinweisen, dass gemäß Paragraph 36 Absatz 2 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes die Zustimmung von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Stadtbürgerschaft erforderlich ist.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Mitteilung des Senats seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend, und zwar mit zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Stadtbürgerschaft.

(Einstimmig)

Verstärkte Verkehrssicherheit und Energieeinsparungen durch effizientere Straßenbeleuchtung

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 28. April 2004
(Drucksache 16/96 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Eckhoff.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag „Verstärkte Verkehrssicherheit und Energieeinsparungen durch effizientere Straßenbeleuchtung“ eingebracht, weil wir der Auffassung sind, dass im Bereich der Vermeidung von Lichtverschmutzung in Bremen noch einiges erreicht werden kann. Lichtverschmutzung, auch Lightpollution genannt, ist die künstliche Aufhellung des Nachthimmels und die Ablenkung und Blendung von Menschen und Tieren durch ineffizient eingesetzte Beleuchtung. Einen nennenswerten Teil macht dabei auch die Straßenbeleuchtung aus.

Um es einmal bildlich zu sagen: Wenn Sie auf der Autobahn auf eine Stadt zufahren, dann können Sie von weitem schon den Lichtschleier über der Stadt sehen, künstliches Licht, das eben nicht zielgerichtet auf den Boden abstrahlt, sondern unkontrolliert den Himmel erhellt, das bezeichnet man als Lichtverschmutzung.

Inzwischen wächst auf der ganzen Welt das Bewusstsein, dass es oft mehr schadet als nützt, die Nacht zum Tag zu machen. Es hat sich eine breite Bewegung formiert, die für eine sinnvolle Außenbeleuchtung eintritt, im richtigen Maß und nur dort, wo sie wirklich nötig ist. Dabei geht es um Naturschutz, um Stromsparen und damit um Ressourcenschonung, natürlich sowohl im Bereich der Natur als auch im Bereich des Geldbeutels, Sicherheit im Straßenverkehr und Astronomie, das heißt die Rückgewinnung der freien Sicht auf unseren Himmel, also, um es schlicht zusammenzufassen, um Lebensqualität getreu dem Motto, mehr sehen mit weniger Licht.

Lichtverschmutzung hat negative Auswirkungen auf den Straßenverkehr, auf Tiere, aber auch auf

Menschen. Beleuchtung wird als Garant für nächtliche Sicherheit empfunden. Doch Licht allein ist zu wenig. Jeder Autofahrer kennt den beklemmenden Moment, wenn ihm Scheinwerfer entgegenkommender Fahrzeuge die Sicht stehlen. Obwohl kurzfristig die doppelte Lichtmenge vorhanden ist, wird die Fahrbahn durch die Blendung schlechter wahrgenommen. Für die CDU-Fraktion geht es bei dem Thema Lichtverschmutzung im Kern darum, Blendung zu vermeiden und die Sicherheit für Autofahrer und andere Verkehrsteilnehmer zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU - Vizepräsidentin Dr. Trüpel übernimmt den Vorsitz.)

Darüber hinaus geht es um den Fortbestand nachtaktiver Insekten. Noch mindestens aus 500 Meter Distanz ziehen Straßenlaternen sie an. Rund um die Lampen verenden sie dann an Erschöpfung oder werden zu einer leichten Beute für Vögel und Fledermäuse, die sonst viel größere Mühe hätten, nach ihnen zu jagen. So befürchtet zum Beispiel Gerhard Eisenbeis, Zoologe an der Universität in Mainz, dass es durch die zunehmende Lichtverschmutzung zu einer schleichenden Ausdünnung der Insektenfauna kommt, was sich auf das gesamte Ökosystem auswirken dürfte, weil Insekten Teil der Nahrungskette sind und zudem eine wichtige Funktion als Bestäuber von Pflanzen und Bäumen innehaben. Folge: Das ökologische System gerät in Schräglage!

Dabei sind die bislang am häufigsten eingesetzten Quecksilberdampflampen mit einem hohen Ultraviolettanteil des Lichts die idealen Insektenfallen, während das menschliche Auge, trotz des hellgelben Lichts, mit den Natriumdampflampen besser bedient ist. Zudem haben diese Lampen einen wesentlich geringeren Stromverbrauch, so dass sich die höheren Anschaffungskosten schnell amortisieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, seit Jahren setzen wir uns dafür ein, in allen möglichen Bereichen Energie und damit natürliche Ressourcen und natürlich auch Geld zu sparen. Da ist es nur konsequent, dies im Bereich der Straßenbeleuchtung fortzuführen und so neben dem Artenschutz durch verringerten Ressourcenverbrauch einen weiteren Beitrag zur Erhaltung unserer Natur zu leisten und sogar darüber hinaus Kosten zu sparen.

Dieser Auftrag ergibt sich auch aus unserer Landesverfassung, ich verweise dort auf Artikel 11 a. Während der schädigende Einfluss von zuviel Licht auf die Fauna an einigen Beispielen schon belegt wurde, sind schädigende Einwirkungen auf den Menschen bislang noch nicht wissenschaftlich

untersucht worden. Die zunehmende Verlagerung von Aktivitäten in die Nachtstunden verändert jedoch in nicht absehbarer Weise den menschlichen Biorhythmus. Je mehr die Lichtverschmutzung in Form von Lichtschleiern über der Stadt zunimmt und uns den Blick auf die Sterne verwehrt, desto mehr wird der Sternenhimmel als schützenswertes Kulturgut erkannt, wie auch im Juli 1999 auf einer Konferenz der Vereinten Nationen in Wien geschehen.

Mit unserem heutigen Antrag bitten wir nun den Umweltsenator, nach Möglichkeiten zu suchen, wie den erwähnten Belangen des Naturschutzes sowie dem Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Energie unter Ausnutzung von Optimierungspotentialen in der Straßenbeleuchtung Rechnung getragen werden kann, ohne Menschen oder die Verkehrssicherheit zu gefährden.

Dabei ist dieses Thema nicht neu. In den USA wird es seit Jahren diskutiert, und mehrere Städte haben bereits angefangen, ihre Straßenbeleuchtung umzurüsten. Die Tschechische Republik hat im Juni 2002 als erster Staat ein Gesetz gegen Lichtverschmutzung erlassen. Auch die Region Lombardei in Italien oder Katalonien in Spanien sowie die Kanarischen Inseln haben Gesetze zur Reduzierung der Lichtverschmutzung eingeführt.

In Deutschland wurde dieses Thema auch schon in Angriff genommen. Die Stadt Offenbach am Main hat 1998 die Abkehr von Quecksilberdampflampen beschlossen. Die Stadt Augsburg hat mit ihrem inzwischen international anerkannten Lichtkonzept schon 1997 den Beschluss gefasst, bis 2002 die Beleuchtung zu 75 Prozent und bis 2005 zu 100 Prozent zu optimieren. Licht strahlt dann nur noch dorthin, wo es gebraucht wird.

Insgesamt geht es der CDU-Fraktion bei diesem Thema nicht darum, die Straßenbeleuchtung per se abzuschalten. Es geht um den überlegteren Einsatz von Licht. Wie schon erläutert, mit gelb leuchtenden Natriumdampflampen anstelle von weiß strahlenden Quecksilberhochdrucklampen kann sowohl der Energieverbrauch als auch die Zahl der Insektenopfer stark reduziert werden. Positive Schätzungen besagen, dass rund 30 Prozent der Energie durch sinnvollen Lichteinsatz eingespart werden können. Es gibt Beispielrechnungen, wonach sich die Kosten der Umrüstung durch Stromeinsparungen bereits nach sechs Jahren amortisieren, bei Neuinstallationen gleich mit Natriumdampflampen kann dies sogar noch wesentlich früher der Fall sein.

Werden neben dem Lampentyp noch weitere stromeinsparende Maßnahmen vorgenommen, zum Beispiel eine Reduzierschaltung, also eine

Dimmung des Lichts auf 50 Prozent während der Nachtstunden, lassen sich die Energiekosten noch einmal senken. Doch auch der Einbau von zwei Lampen je Leuchte und das Abschalten einer dieser Lampen während der Nachtstunden könnte erhebliche Einspareffekte herbeiführen und die Umwelt durch geringeren Strom- und damit Ressourcenverbrauch nachhaltig entlasten. Dabei muss den Interessen der Verkehrssicherheit, nur um das noch einmal zu erwähnen, natürlich Rechnung getragen werden.

Neben der Lampentechnik sollte vor allem Wert auf die Abschirmung der Leuchten gelegt werden. Die Lichtabstrahlung sollte dabei unterhalb der Horizontalen liegen, nicht zuletzt, damit die Menschen nicht geblendet werden. Zeitgemäße Fabrikate mit Spiegeloptik, blendungsfrei und mit hohem Wirkungsgrad stehen längst zur Verfügung, sie werden aber häufig noch nicht genug nachgefragt. Dabei könnte die notwendige Straßenbeleuchtung, so wie in Augsburg, mit Hilfe moderner Techniken wie des Computers für jeden Stadtteil individuell berechnet und gegebenenfalls neu bestimmt werden.

Meine Damen und Herren, mit einfachen Worten: Licht soll auf die Straße oder den Gehweg scheinen und nicht sinnlos in den Himmel. So hat der Leiter des Osnabrücker Planetariums, Andreas Hänel, in einer Studie ausgerechnet, dass durchschnittlich 15 Prozent der Nachtbeleuchtung allein aufgrund schlechter Abschirmung ungenutzt in den Himmel abgestrahlt werden. Das macht bei einer Stadt mit 165.000 Einwohnern wie Osnabrück jährlich zu vermeidende Kosten von 50.000 Euro aus. Ich bin der Auffassung, auch wir hier in Bremen könnten dieses Geld sinnvoller an anderer Stelle einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Von Schritten gegen Lichtverschmutzung profitieren alle. Das ist eines der wenigen Umweltprobleme mit einfacher Lösung, bei dem am Ende auch noch jeder gewinnt. Ich bin der Meinung, dass man von Städten wie Augsburg lernen sollte und eine schrittweise Umrüstung beziehungsweise Veränderung im Beleuchtungsverhalten unter Beibehaltung der Sicherheitsaspekte für den Straßenverkehr erreichen kann. Hierdurch wird zum einen die minimierte Blendung im Straßenverkehr und damit eine erhöhte Sicherheit erreicht, zum anderen wird durch Umrüstung beziehungsweise Reduzierung der Beleuchtungsstärke da, wo es möglich ist, den Belangen des Naturschutzes Rechnung getragen. Drittens, durch eine Minimierung des Stromverbrauchs werden Haushaltsmittel eingespart und natürliche Ressourcen geschont. Nicht zuletzt wird damit viertens der über

zweihundertjährigen Tradition Bremens und Lilienthals Rechnung getragen, welche früher Zentren der Astronomie mit weltweiter Bedeutung waren und zurzeit in dieser Tradition wiederbelebt werden sollen.

Gezielterer Lichteinsatz verringert die Intensität der Lichtkuppel über unserer Stadt und gewährt wieder einen besseren Blick auf unseren Sternenhimmel. Wir würden uns daher freuen, wenn Sie dem Antrag der CDU- und der SPD-Fraktion Ihre Zustimmung geben würden. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich will den Ausführungen nicht viel hinzufügen, weil ich glaube, vieles ist dazu gesagt. Ich möchte nur einen Punkt erwähnen, weil manche Beispiele, das hat man auch im Haus gemerkt, sehr schnell ins Lächerliche geraten, weil es an Denkgewohnheiten herangeht. Diese haben wir so eingeübt, dass wir es uns gar nicht vorstellen können, dass man das auch anders machen kann. Man sollte auch die naturschutzfachlichen Aspekte durchaus ernst nehmen, wohl wissend, dass wir bestimmte Sachen nicht vollständig ändern können.

Beispielsweise im Bezug auf das Problem, die Nacht zum Tag zu machen, ist die These richtig, dass das zu Gesundheitsschädigungen führt. Das ist auch ein Grund, warum wir als SPD Schichtarbeit äußerst kritisch sehen, die unter ökonomischen Gesichtspunkten in vielen Bereichen leider nicht vermeidbar ist. Wer will schon im Krankenhaus liegen und nachts überhaupt nicht betreut werden! Dafür muss es Schichtarbeit geben, aber man muss sie auf ein Minimum reduzieren. In dieser Frage sind sehr viele Aspekte enthalten, die durchaus sehr ernst zu nehmen sind und wo man auch schauen muss, was vermeidbar ist, ohne dass es irgendwelche Qualitätseinbußen gibt.

Der zweite Punkt, den ich noch kurz erwähnen möchte, ist, die SPD ist stets dafür eingetreten und hat stets die Auffassung vertreten, dass Energieeinsparen der billigste Beitrag und auch einer der effizientesten Beiträge zur CO₂-Reduzierung ist. Wir haben diesbezüglich auch in der Vergangenheit viele Initiativen eingebracht. Vor dem Hintergrund unterstreichen wir, dass die Frage der Straßenbeleuchtung in dem Zusammenhang von großer Bedeutung ist, denn da werden auch Geld und Energie verbraucht und damit CO₂ produziert, was in vielen Bereichen nicht nötig ist.

Ich finde es für die Beantwortung des Antrags spannend, noch einmal darüber nachzudenken, wie es eigentlich mit Amortisationszeiten von energiesparenden Investitionen ist. Wir haben das ganze Problem schon bei der Frage Gebäudesanierungsprogramm gehabt, speziell die Frage, inwieweit man Wärmedämmmaßnahmen vorfinanzieren kann, die sich nach einer gewissen Zeit selbst refinanzieren. Da muss man auf Mechanismen achten, die es ermöglichen, das Geld wieder zurückzuerhalten. Damals war aber ein großes Problem, und das bedauere ich nach wie vor, dass die Amortisationszeiten einfach als zu lang angesehen wurden und gesagt wurde, deswegen können wir uns das jetzt nicht leisten.

So eine Antwort finde ich sehr unbefriedigend, wenn sie in Bezug auf die Straßenbeleuchtung wieder kommt. Man muss sich dann die Frage stellen: Kann man nicht so pfiffige Finanzierungsmöglichkeiten finden, die es möglich machen, auch längere Amortisationszeiten in Kauf zu nehmen? Gerade in dem Zusammenhang könnte ich mir sehr viel vorstellen mit der Ausschreibung der Straßenbeleuchtung, die im Moment im Gang ist. In dieser Richtung bin ich gespannt, was der Senat dazu antworten wird. Die weitere Debatte sollten wir dann auf den Zeitpunkt der Beantwortung verlagern. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag beziehungsweise das, was damit beabsichtigt ist, bedeutet, den Umweltschutz zu verbessern und gleichzeitig Geld zu sparen. Da können wir Grünen natürlich nur zustimmen. Wir finden den Antrag gut und finden, es ist auch ein richtiger Weg, hier die möglichen Potentiale in beide Richtungen, in Richtung Ökologie und Ökonomie, auszuschöpfen. Wir werden also zustimmen.

Ich möchte nur noch einen Punkt ansprechen und jetzt nicht ausführlich auf die Details eingehen. Ich finde, Frau Ahrens hat die vollständig dargestellt. Ich kann das ökologisch in keiner Weise toppen, kann dazu eigentlich auch inhaltlich nichts mehr sagen. Insofern möchte ich hier das Haus auch nicht länger mit dieser Debatte von anderen, vielleicht auch wichtigen Arbeiten abhalten. Ich finde es nur noch einmal wichtig zu betonen, dass man solche Sachen wirklich ernst nimmt und dass man hier den Weg geht, auch wenn es sich am Anfang fremd anhört, entsprechende Optimierungspoten-

tiale in beide Richtungen auszuschöpfen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde die Debatte jetzt auch nicht unnötig verlängern. Zunächst einmal freut es mich natürlich als Umweltsenator, dass dieses Thema hier im Parlament so einmütig angeschoben wurde. Ich finde, Frau Ahrens hat dies wirklich sehr komplett dargestellt. Ich glaube, dass kaum jemand hier in der Lage wäre, Frau Dr. Mathes, dem thematisch noch etwas anzufügen. Ich bin es auch nicht und bekenne mich dazu.

Ich möchte allerdings drei kurze Anmerkungen machen. Zum einen, glaube ich, muss man schon erwähnen, dass man, wenn man dort Energien einspart, zwei Möglichkeiten hat. Das Erste ist sicherlich die Möglichkeit, man schaltet eine gewisse Anzahl von Lampen in der Nacht ab. Das wird an den Hauptverkehrsstraßen in Bremen schon seit vielen Jahren genutzt, dass dort die Halbschaltungen erfolgen und dann nur jede zweite Lampe brennt. Das Zweite ist mehr die ökologische Form, dass man bestimmte Steuerungen oder auch bestimmte Lampen einsetzt. Das sind in dem Fall die Natriumdampflampen, und da gibt es auch zwei Modelle, und zwar zum einen die Natriumdampfniedrigdrucklampen und zum anderen die Natriumdampfhochdrucklampen, die das jeweils ergänzen.

In Bremen sind wir durchaus dabei in der letzten Zeit, beides zu benutzen, die Natriumniedrigdrucklampen allerdings nur in den Bereichen, in denen keine Wohnstraßen sind, weil sie ökologisch das Sinnvollste sind. Frau Ahrens wird das wissen, aber ich glaube nicht, dass das wirklich jeder Parlamentarier weiß. Sie sind ökologisch zwar die Besten und haben auch die höchste Leistung, sind aber nicht sonderlich akzeptiert, weil sie häufig sehr gelb strahlen und im Endeffekt deshalb nicht optimal genutzt werden können. Deshalb werden in Wohnstraßen häufig die Hochdrucklampen benutzt, die nicht ganz so ökologisch sind, aber von der Wohnbevölkerung voll akzeptiert werden.

Insofern ist dort schon in der Vergangenheit an der einen oder anderen Stelle eine Verbesserung eingetreten, aber da gibt es sicherlich Optimierungspotentiale. In den letzten drei Jahren ist aber zum Beispiel ein Optimierungsplus von fünf Prozent in der Stadtgemeinde Bremen eingetreten, so

dass heutzutage die Beleuchtungskörper um fünf Prozent besser genutzt werden und durch entsprechende Steuerung, durch entsprechende Benutzung von Lampen auch besser eingesetzt werden.

Die dritte Bemerkung vielleicht ganz kurz: Wir versuchen auch in diesem Bereich, neue Wege zu gehen und gegebenenfalls auch mit der privaten Wirtschaft dort neue Konzepte für die Stadtgemeinde zu erarbeiten. Ich glaube, dass es schon ein sehr wichtiger Aspekt ist, und das ist auch das Sympathische an diesem Antrag, dass hier im Endeffekt ökonomische und ökologische Interessen Hand in Hand gehen, dass man also durch einen vernünftigen Einsatz von Lampen, durch eine vernünftige Steuerung dort auch Geld einsparen kann, Stromkosten einsparen kann, der Abgeordnete Schuster hat darauf hingewiesen, und dass wir an dieser Stelle natürlich dann auch einen Beitrag für den Haushalt der Stadtgemeinde leisten können, der es schwer genug hat.

Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir auf einem guten Weg sind. Wir freuen uns darauf, wenn Anträge von allen Fraktionen gemeinsam beschlossen werden. Ich bin froh, dass das im Umweltbereich in der Bürgerschaft immer wieder gelingt. Insofern ist es eine gute Initiative und auch einmal ein neues Themenfeld, bei dem es sich lohnt, dass man sich damit wirklich intensiver beschäftigt. Deshalb nehmen wir diesen Auftrag gern an. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/96 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

**Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.
Mai 2001**

59. Änderung

Bremen-Woltmershausen (Dötlinger Straße)

Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004

(Drucksache 16/101 S)

Wir verbinden hiermit:

**Bebauungsplan 2116
für das Gebiet in Bremen-Woltmershausen
zwischen**

Dötlinger Straße,

Woltmershauser Straße,

Alter Schutzdeich (einschließlich),

Hempenweg (zum Teil einschließlich) und

Auf dem Bohnenkamp

Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004

(Drucksache 16/102 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Flächennutzungsplan Bremen abstimmen.

Wer den Plan zur 59. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Bebauungsplan 2116 abstimmen.

Wer den Bebauungsplan 2116 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Vorhaben- und Erschließungsplan 26 mit Deckblatt (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Neustadt, auf dem Eckgrundstück zwischen Neustadtscontrescarpe und Hermannstraße

Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/103 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Vorhaben- und Erschließungsplan 26 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Vorhaben- und Erschließungsplan 27 mit Deckblatt (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Bürogebäudes an der Schwachhauser Heerstraße 266 B und 268 in Bremen-Horn-Lehe

Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/104 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Vorhaben und Erschließungsplan 27 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 1885 mit zwei Deckblättern für ein Gebiet in Bremen-Strom nördlich der Stromer Landstraße, beidseitig Stellfeldsweg

Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/105 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1885 mit zwei Deckblättern beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2216 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Schwachhausen zwischen Schwachhauser Heerstraße, Schwachhauser Ring, Georg-Gröning-Straße (einschließlich) und Donandtstraße (einschließlich)

Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/106 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2216 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 147. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Grundstück Arsterdamm 94 A

Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/107 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 147. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

150. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Flurstück 48/38 (Paul-Feller-Straße 24)

Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/108 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das 150. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Flurstück 48/38 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 16 vom 11. Mai 2004
(Drucksache 16/109 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 17 vom 25. Mai 2004
(Drucksache 16/113 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.
Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Änderung der Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 18. Mai 2004
(Drucksache 16/110 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Aufhebung des Bremischen Ortsgesetzes zum Bremer Baubetrieb und Ortsgesetz zur Aufhebung des Bremischen Ortsgesetzes zum Eigenbetrieb Baudienstleistungen Bremen

Mitteilung des Senats vom 18. Mai 2004
(Drucksache 16/111 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Eckhoff, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Kramer.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen^{*)}):
Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute beerdigen wir also den Bremer Baubetrieb endgültig, griffig 3 B genannt, aber insgesamt ein doch unrühmliches Ende. Wir Grünen, das will ich gleich vorweg sagen, werden dem entsprechenden Ortsgesetz zustimmen, weil wir nach Roland

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Berger eine Auflösung dieses Betriebes doch für unvermeidbar halten.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Nach Roland Berger?)

Wir wollen das aber auch nicht kommentarlos tun, Herr Dr. Sieling, denn eine Ruhmesgeschichte ist dieses Sterben auf Raten wahrlich nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man der Abwicklung überhaupt irgendetwas Positives abgewinnen kann, dann ist es nach all diesen Jahren die Tatsache, dass es immerhin gelungen ist, 141 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Großen und Ganzen einvernehmlich mit dem Bauressort, mit dem Betriebsrat auf die vielen anderen Gesellschaften zu verteilen. Dies, das möchte ich auch noch einmal an dieser Stelle sagen, ging nur durch die große Bereitschaft aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sich selbst sozusagen in alle Winde zu zerstreuen. Wir Grünen wollen uns an dieser Stelle bei allen bedanken, die daran mitgearbeitet haben, dass wenigstens dies so konfliktarm gelaufen ist.

Die Auflösung des Bremer Baubetriebs ist teuer. Die aufgelaufenen Verluste summieren sich bis heute auf zirka 9,5 Millionen Euro. Dazu kommen noch einmal zirka neun Millionen Euro für das verteilte Personal in den nächsten Jahren. Mehr Transparenz, für weniger Geld mehr Leistungen erbringen zu wollen, das waren die Ziele der so genannten Verwaltungsreform von McKinsey und Roland Berger, und das, meine Damen und Herren, ist aus Sicht der Grünen gründlich schief gegangen.

Ein kurzer Rückblick: 1994 wurde das damalige Hochbauamt in den Regiebetrieb BreHoch umgewandelt. Ziel der Neuorganisation war Kostentransparenz. Ich erinnere noch einmal daran, kein Mensch konnte damals verstehen, dass ein neu gebauter Kindergartenplatz beim Bauamt 42.000 DM kostete, bei privaten Bauträgern aber nur 28.000 DM. Das war auch für die Grünen ein Grund, dieser Umwandlung in BreHoch zuzustimmen.

Schnell stellte sich dann aber heraus, dass auch BreHoch nicht wirtschaftlich arbeitete. Dann kam McKinsey und mit McKinsey eine Vielzahl von Betrieben: BMB, BBB, FMB, GBI. Das Spiel, jedes Ressort darf nun Unternehmen spielen, begann. Die Gewerbeflächen wurden von den Verwaltungsimmobilen getrennt, und jeder Betrieb sollte durch eine GmbH gesteuert werden. Wir Grünen haben damals dazu gesagt: organisiertes Chaos

mit gewünschter Unverantwortlichkeit! Das ist aus unserer Sicht auch bis heute so geblieben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Chaos bekam dann Methode. Schon zwei Jahre nach der Neuorganisation nach McKinsey beauftragte der Senat Roland Berger mit der Neuorganisation des Liegenschaftswesens. Die GBI sollte dafür sorgen, dass die Verwaltungsimmobilen von den Ressorts gegen eine Kostenmiete genutzt werden konnten. Vernünftiges Ziel war, die Ressorts zu zwingen, mit weniger Räumen auszukommen, was bei sinkender Mitarbeiterzahl naheliegend war. Tatsächlich aber gab und gibt es bis heute keine marktgerechten Kostenmieten. Von so „sinnvollen“ Umzügen von Teilen der Verwaltung zum Beispiel ins Siemens-Haus will ich hier gar nicht reden, denn das war wohl eher Flop statt Top.

Gleichzeitig sorgte Roland Berger dafür, dass die wichtigsten Aufgaben von BBB und BMB in die GBI integriert wurden. Die Folge daraus war, dass BBB zwar nach wie vor viel Personal, aber immer weniger zu tun hatte. Sie haben im Prinzip diese Organisation so lange filetiert, bis kein Filetstück mehr übrig war.

Was ist das Ergebnis aus heutiger Sicht? Statt eine Verwaltungsreform mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu machen, wurden sie in immer kürzer werdenden Abständen neu organisiert. Verlorene Arbeitsstunden und Motivation waren die Folge. Statt Bürokratie abzubauen und Verwaltung ortsnah und dezentral zu organisieren, wird heute mehr denn je zentral, und zwar nicht mehr in Ämtern, aber dafür in GmbHs, gehandelt. Statt durch schlanke Organisation Kosten zu sparen, wurden neue Apparate mit teuren Overheadkosten aufgebaut. Die parlamentarische Kontrolle wird dadurch erheblich erschwert.

Man kann ja jetzt fragen: Was haben eigentlich die Bürgerinnen und Bürger davon, die Kinder in den Schulen und in den Kindergärten, was haben die Mitarbeiter in den Verwaltungen von dieser Neuorganisation? Ist die Gebäudesanierung vorangekommen wie angekündigt? Ist das Geld durch die Immobilienverkäufe hereingekommen? Ist der Neubau oder die Sanierung von Gebäuden in Bremen billiger geworden? Meine Antwort darauf lautet dreimal nein! Deshalb ist das heutige, jetzt unvermeidbare Ende von BBB noch längst nicht das Ende der Debatte um die künftige Organisation des Liegenschaftswesens.

Aus Sicht der Grünen muss der zukünftige Weg über die Stationen Dezentralisierung, Marktmieten, Abbau von überflüssigen Vorschriften und ä-

nem schlanken Regie- und Aufsichtsrahmen führen. Öffentliche Gesellschaften, hier allen voran die GBI und die BIG, taugen weder zum Gelddrucken, noch sind sie dafür da, den Einfluss einzelner Ressorts zu stärken. Verwaltungsreform soll vor allen Dingen den Bürgern und der Stadt nutzen.

Mit der Auflösung des Bremer Baubetriebs sind wir im Grunde genommen eigentlich wieder da angekommen, wo der Bremer Baubetrieb seinen Anfang genommen hat. Jetzt ist es die GBI, die alles macht: Vermietung, Hochbauplanung, Bausteuerung, Finanzcontrolling, Beschaffung und Verkäufe. Im Prinzip ist es heute wie damals, als es noch das Hochbauamt und das Liegenschaftsamt unter einem Dach gab. Wir Grünen sind daher ganz sicher, die Auflösung von 3 B wird nicht das Ende vom Lied sein. Die nächste Reform des Liegenschaftswesens wird unserer Meinung nach nicht all zu lange auf sich warten lassen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)¹⁾: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Über die Auflösung von Betrieben reden zu müssen ist wahrlich keine schöne Aufgabe, Frau Krusche, da gebe ich Ihnen Recht. Trotzdem denke ich auch, dass es wichtig ist, das hier zu tun, damit am Ende auch deutlich wird, was es eigentlich konkret heißt, wenn wir sagen, wir wollen das Liegenschaftswesen umorganisieren. Was so trocken und technisch klingt, hat auch immer konkrete Auswirkungen, es hat auch immer mit Menschen zu tun, die in diesen Betrieben arbeiten.

Ich habe mich auch einmal mit der noch gar nicht so langen Historie des Betriebes 3 B beschäftigt, wir haben ihn ja erst 1998 gegründet. Ich habe auch einmal nachgeschaut, welche Debatten wir damals geführt haben. Es ging leider häufig nur darum, wie billig und wie teuer das ist. Frau Krusche, Sie haben das jetzt hier fortgesetzt.

Ich hätte mir manchmal gewünscht, dass in den siebziger Jahren etwas teurer gebaut worden wäre, denn viele Sanierungsmaßnahmen, die wir heute vornehmen müssen, resultieren daraus, dass in den siebziger Jahren die Schulbauten zu billig und zu schnell hochgezogen worden sind. Ich kann mir auch vorstellen, dass es besser ge-

wesen wäre, wenn wir nicht Asbest und nicht PCB und diese Geschichten verwendet hätten, sondern möglicherweise teurere Baustoffe. Das hätte das möglicherweise noch teurer gemacht, und das wäre dann auch wieder nicht richtig gewesen. Wir müssen uns bei der Diskussion über teuer und billig schon einmal überlegen, in welche Richtung das geht, und dass manchmal billiges Bauen dazu führt, dass wir hinterher teurer sanieren müssen, wie wir es jetzt ja leider immer wieder tun müssen.

Der Baubetrieb hat Verluste gemacht, das ist unbestritten. Andererseits müssen wir aber auch einmal selbstkritisch schauen, warum wir da Verluste gemacht haben. Frau Krusche, was glauben Sie denn, was passiert wäre, wenn wir den Bremer Baubetrieb damals nicht gegründet hätten und die Menschen alle in der Verwaltung geblieben wären? Dann wären die Verluste genauso aufgetreten. Wir hätten sie möglicherweise nicht so deutlich gesehen. Ob das besser ist, darüber kann man sich streiten.

Die Zeiten haben sich aber auch verändert. Die Zeiten, in denen die öffentliche Hand große Hochbauten noch selbst verwirklicht hat, sind lange vorbei. Jetzt beschäftigen wir uns mehr mit Sanierung und Bauunterhalt, und wir arbeiten im Bestand. Das ist ein viel mühsameres Geschäft, das weiß jeder, der sich mit Bauen beschäftigt, und es ist auch ein Geschäft, das nicht so viel einbringt, das nicht so lukrativ ist. Ich glaube, kein so großes Architektur- und Ingenieurbüro auf privater Ebene in diesem Land wäre in der Lage, allein mit diesen Aufgabengebieten, mit diesen Veränderungen ohne lukrative Neu- und Großvorhaben betriebswirtschaftliche Gewinne zu erwirtschaften.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir unseren Baubetrieben bei der derzeitigen Haushaltslage nicht die Umsätze bieten können, die sie bräuchten, muss ich, glaube ich, innerhalb der derzeitigen Haushaltsberatung auch nicht lange erklären.

Unsere Aufgabe als Parlament ist es, in solch verändertem Rahmen den Betrieben und den Menschen, die dort arbeiten, Bedingungen zu schaffen, die auch zu diesen neuen Voraussetzungen passen. Ich denke, wir sind da mit der Umsteuerung im Liegenschaftswesen trotzdem auf einem richtigen Weg. Dass wir damit noch nicht am Ende sind, Frau Krusche, da gebe ich Ihnen völlig Recht, ich würde Ihnen aber widersprechen, wenn Sie sagen, dass alles, was dort gemacht worden ist, nicht richtig ist.

Sicher gibt es Dinge, bei denen noch nachgesteuert werden muss. Es gibt zum Beispiel immer

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

noch kein vernünftiges Liegenschaftscontrolling, und zum Mieter-Vermieter-System gibt es immer noch keinen Grundsatzbeschluss. Das führt zu den Verwerfungen, die Sie auch dargestellt haben. Trotzdem, denke ich, der Weg an sich ist richtig. Wir müssen nur schauen, dass wir ihn auch konsequent zu Ende gehen und möglicherweise auch den einen oder anderen Fehler eingestehen, wie wir es auch jetzt tun, indem wir den Bremer Baubetrieb auflösen.

Zum Schluss noch ein Wort zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Frau Krusche hat das auch schon ausgeführt! Ich sagte ja bereits, dass die eigentliche Umsteuerungsarbeit dort in den Büros und Werkstätten geleistet wird. Diese ungeheuren Personalüberleitungsprozesse sind zum größten Teil freiwillig geschehen, sind ohne großes Getöse und in aller Ruhe vor sich gegangen. Das ist, finde ich, eine Leistung, die man nicht hoch genug bewerten kann, und ich möchte mich an der Stelle bei den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Auflösung des Baubetriebes setzen wir an der Stelle erst einmal einen Schlusspunkt. Dass wir mit dem Weg noch nicht zu Ende sind, darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)¹⁾: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Krusche, nicht die GBI allein übernimmt die ganzen Aufgaben, sondern das Bau- und Liegenschaftswesen ist neu geordnet worden, und da gibt es auch noch das Gebäudetechnikmanagement. Die 141 Mitarbeiter aus dem Bremer Baubetrieb sind ja insbesondere in das Gebäudetechnikmanagement gegangen. Das ist das, was Frau Kummer eben sagte, das ist die Unterhaltung und Sanierung von Gebäuden. Dahin ist die Masse der Mitarbeiter gegangen, in das Ressort sind 13 Mitarbeiter gegangen und der Rest, nämlich nur 15 Mitarbeiter, in die GBI. Die GBI hat hier jetzt also nicht den Großteil der Arbeit übernommen.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Es ist leider nicht geglückt, dem Bremer Baubetrieb eine Zukunft zu geben, das ist richtig. Die Aufgaben, die er am Markt neu akquirieren sollte, hat er nicht akquirieren können aus welchen Gründen auch immer, die wollen wir hier jetzt nicht debattieren. Es führt uns auch nicht weiter. Gut ist jedenfalls in der ganzen Angelegenheit, dass die Mitarbeiter in die anderen beiden Betriebe und in das Ressort überführt werden konnten, so dass das auch ohne wirklich große Probleme gegangen ist, die haben das alle sehr gut mitgemacht. Da haben alle Mitarbeiter und die Personalräte geholfen.

Das Hochbauamt, wie wir es aus früheren Zeiten kennen, dann BreHoch, Frau Krusche, das wissen Sie selbst, hat uns auch immer große Sorgen gemacht. Dadurch, dass Transparenz eingeführt worden ist, und das ist natürlich auch nur mit den Unternehmensberatern gekommen, haben wir überhaupt erst festgestellt, wie defizitär das alles ist. Dadurch, dass sich die Zeiten geändert haben, wie Frau Kummer es eben beschrieben hat, dass immer weniger Aufgaben anfallen, fallen natürlich mit dem Personal auch immer mehr Kosten an, und die Verluste häufen sich.

Wenn keine neuen Aufgaben gefunden werden können, die das ausgleichen, muss man irgendwann sagen, dann geht es nicht mehr weiter, dann muss man einen Schlussstrich ziehen, und der wird jetzt gemacht. Man kann sich eben nur bei allen Beteiligten bedanken, dass es jetzt so gelaufen ist. Es ist natürlich tröstlos, dass wir auf diesen großen Verlusten sitzen bleiben, da haben Sie völlig Recht. Hätten wir aber die Transparenz nicht, dann wüssten wir heute noch nicht, wie viel Verluste dieser Laden in den letzten Jahren gemacht hat. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Das Wort hat Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Krusche! An der einen oder anderen Stelle wundert man sich ja doch, wenn solche Debatten geführt werden. Man hat die Vergangenheit, glaube ich, häufig vergessen oder falsch in Erinnerung. Ich weiß noch, wie wir diverse Sitzungen von Deputationen hatten, in denen wir uns mit Hochbauaufträgen beschäftigt hatten, die über die Stadt abgewickelt wurden, in denen wir permanent Nachträge auf den Tisch bekamen, in denen Kostensteigerungen von zehn, 15, 20 Prozent keine Seltenheit waren.

Ich schaue gerade den Kollegen Jäger an, weil ich mich noch an so eine denkwürdige Wissen-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

schaftsdeputationssitzung erinnere, in der es, glaube ich, um den Anbau dort im Zentrumsbereich, um die Mensa ging und so weiter, wo teilweise Kostensteigerungen - damals gab es, glaube ich, noch die Markbeträge - von vier oder sechs Millionen immer mit der Bemerkung beantwortet wurden, wieso, aber da ist doch auch Mehrarbeit geleistet worden! Wie können Sie sich über diese Kosten wundern? Das war keine Kostensteigerung, damit ist doch Mehrarbeit geleistet worden!

Diese Debatten habe ich sehr wohl noch im Hinterkopf, wenn wir uns hier heute mit dieser Frage Auflösung 3 B beschäftigen. Die Neuordnung des Liegenschaftswesens, das haben Frau Kummer und Herr Focke gerade angesprochen, sollte in erster Linie dafür sorgen, Transparenz zu schaffen. Wenn man Transparenz schafft, dann sind die Ergebnisse manchmal bitter, die man dort akzeptieren muss. Dies gehört sicherlich mit dazu. Natürlich bucht sozusagen keiner gern die Kosten, die jetzt in Verbindung mit dieser Auflösung stehen, aus. Ich bin auch den Mitgliedern des Haushaltsausschusses sehr dankbar, dass sie nach längerem Hin und Her in der letzten Sitzung die entsprechenden Beschlüsse gefasst haben.

Natürlich macht das keiner gern, aber war es in der Vergangenheit besser, Frau Krusche, als wir gar nicht gewusst haben, wie hoch eigentlich das jährliche Defizit ist, das in den verschiedenen Bereichen entstanden ist, als wir die Augen als Parlamentarier im Endeffekt verschließen konnten, und wenn es dann einmal wieder ein neues Minus gab, dann wurde es halt von den Verwaltungen in irgendwelchen Haushaltsstellen versteckt? Nein, ich finde es besser, wenn wir die Situation so haben, wie sie jetzt ist, dass wir wissen, worauf wir uns einlassen.

Die Alternative wäre im Endeffekt gewesen, wir lassen jetzt 3 B weiter laufen. Dazu möchte ich zumindest nur sagen, dass dann die Kosten, die entstanden wären, das hängt von der Auslastung des Betriebes ab, aber um bis zu sechs Millionen Euro mehr, 5,7 Millionen Euro genau, höher gewesen wären als dieser Kostenbeitrag, der jetzt ausgebucht werden musste beziehungsweise den wir ja auch den neuen Stellen als einen befristeten Zuschuss einräumen. Das ist im Endeffekt Faktum, und deshalb ist es eine schwierige Realität, mit der man sich beschäftigen musste. Ich bin aber froh, dass dieses Kapitel 3 B jetzt auch zum Abschluss gebracht wird, und die Grünen stimmen ja auch zu.

Natürlich ist damit nicht jede Frage des Liegenschaftswesens beantwortet. Das war auch nicht Sinn und Zweck dieser Vorlage. Natürlich wird

man dort noch Reibereien feststellen. Gerade auch die Frage Abgrenzung GBI, GTM, Abgrenzung im Bereich des Sondervermögens, da gibt es diverse Fragestellungen, die wir in der Zukunft zu beantworten haben. Diese haben aber nicht direkt etwas mit dieser Frage zu tun.

Ich kann mich dem Dank an die Mitarbeiter nur anschließen. Für die ist es ja durchaus immer schwierig, dies alles nachzuvollziehen, was manchmal die Politik beschließt. Ich finde es aber toll, dass es im Endeffekt gelungen ist, dies auch mit Hilfe der Personalräte so reibungslos zu organisieren. Das ist hier bereits gesagt worden.

Eines ist aber natürlich auch wichtig, und das muss man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schon mit auf den Weg geben: Es reicht überhaupt nicht aus, wenn man, egal bei welcher städtischen Gesellschaft, das sozusagen insoweit verändert, als dass draußen ein GmbH-Schild hängt und man meint, dann wird alles besser, sondern Dienstleistung, gerade auch für den Kunden, häufig für den Steuerzahler, Dienstleistung fängt in den Köpfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Auch bei der Geschäftsleitung! Sie haben nur die Mitarbeiter erwähnt!)

Natürlich! Ich sage einmal, wenn die Dienstleistung bei den Geschäftsführungen der GmbHs nicht vorhanden ist, Frau Busch, gehören sie abgelöst. Das sage ich ganz deutlich, das ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Ich sage das einmal, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist es sehr wichtig, dass dieser Dienstleistungsgedanke sozusagen implementiert ist, und es ist völlig egal, ob es im Bereich direkter öffentlicher Dienst ist oder ob draußen gerade zufälligerweise ein GmbH-Schild an der Tür hängt. In diesem Sinne müssen wir, glaube ich, auch alle gemeinsam an diesem Strang ziehen.

Die letzte Bemerkung ist, ich möchte mich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei mir im Hause bedanken, die diesen Prozess, der ja durchaus nicht einfach war, begleitet haben, die ihn so gemanagt haben, dass man ihn geräuschlos zum Ende bringen konnte. Ich glaube, es ist heute ein positiver Tag, auch wenn damit die Diskussionen, Frau Krusche, über das Liegenschaftswesen nicht aufhören werden. - In diesem Sinne bedanke ich mich ganz herzlich!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die Ortsgesetze zur Aufhebung des Bremischen Ortsgesetzes zum Bremer Baubetrieb und zur Aufhebung des Bremischen Ortsgesetzes zum Eigenbetrieb Baudienstleistungen Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir zum Ende unserer heutigen Tagesordnung gekommen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Nachmittag und Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.07 Uhr)